

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rheingebiet, Österreich, Litauen, Lettland 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Zeit“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Gefühlswelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Redaktion: Danhoff 232-293
Fernsprecher: Verlag: Danhoff 2306-2307

Donnerstag, den 6. März 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verkaufsstelle: Berlin SW 68, Danhoffstr. 3
Bankkonto: Direktion der Volksbank, Depotkassen Lindenstraße 3

Der Reichstag vor der Auflösung.

Wahlen wahrscheinlich schon am 6. April.

Das Leben des Reichstages zählt nur noch nach Tagen. Die bürgerliche Regierung ist entschlossen, eine sachliche Beratung der sozialdemokratischen Anträge nicht zuzulassen. Sie zu verhindern, hat sie nur ein Mittel: die Auflösung.

Sie beabsichtigt, dieses Mittel anzuwenden und hat sich dafür schon die Zustimmung der bürgerlichen Mittelparteien gesichert.

Der Reichstag befindet sich noch in der allgemeinen Aussprache über den Notetat, die sozialdemokratischen Interpellationen und die zur Abänderung der Regierungsverordnungen eingegangenen Anträge.

Die Regierung will verhindern, daß der Reichstag von dieser allgemeinen Aussprache zur Einzelberatung übergeht. Bevor der Eintritt in die Einzelberatung erfolgt, ist also die Auflösung zu erwarten. Das kann Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche sein.

Wann wird gewählt? Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat gestern vormittag in einer Sitzung, an der sämtliche Reichsminister der Partei teilnahmen, den Beschluß gefaßt, darauf hinzuwirken, daß die Neuwahlen am 6. April stattfinden sollen.

Ob es möglich sein wird, diesen Termin einzuhalten, steht dahin. Sollte das nicht der Fall sein, so wird das höchstens eine Verlängerung des Wahlkampfes um einige Wochen bedeuten. Denn es ist selbstverständlich, daß mit der Reichstagsauflösung der Kampf mit voller Wucht einsetzt. Wird der Reichstag aufgelöst, so muß spätestens sechzig Tage später gewählt werden. Bester Termin wäre dann etwa der 11. Mai.

Was wollen die sozialdemokratischen Anträge, deren sachliche Beratung die bürgerliche Regierung mit Gewalt verhindern will? Sie wollen eine sachliche Verbesserung der Verordnungen, die von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen sind, sie wollen eine Milderung der unerträglichsten Härten, die diese Verordnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte enthalten.

Die Regierung sagt, sie könne die Beratung dieser Anträge nicht zulassen, weil dadurch die Stabilität der Rentenmarkt gefährdet würde. Die Sozialdemokratie antwortet, daß ihr nichts ferner liege als die Stabilität der Rentenmarkt zu gefährden, daß sie gerade diese Stabilität, für die sie zuerst eingetreten ist und praktisch gewirkt hat, sichern will und daß sie von ihren Anträgen nicht zurückgehen kann, wenn ihr nicht der sachliche Beweis dafür erbracht wird, daß sie tatsächlich die Stabilität gefährden.

Diesen sachlichen Beweis zu führen, dürfte der Regierung schwer fallen. Darum läßt sie es bei allgemeinen Redensarten bewenden und läßt sich auf eine sachliche Erörterung überhaupt nicht ein.

Die sachliche Erörterung würde ihr Gelegenheit geben, ihr Wert Punkt für Punkt zu verteidigen. Sie könnte auch dann noch, wenn eine Reichstagsmehrheit gegen sie entscheidet, wo sie sich im Recht glaubt, die Entscheidung des Volkes anrufen. Aber auf dieses Verfahren, das einzig korrekte, läßt sie sich nicht ein.

Das Ermächtigungsgesetz gibt dem Reichstag das Recht, die Verordnungen der Regierung nachzuprüfen, sie aufzuheben oder abzuändern. Die Sozialdemokratie verlangt, daß der Reichstag von diesem Rechte Gebrauch macht. Aber die Regierung will ihn durch Auflösung hindern, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, noch bevor er durch seine Mehrheit sich entschlossen hat, ob er gewillt ist, dies zu tun.

Diese groteske Situation wird noch grotesker durch folgenden Umstand: Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch bürgerliche Mittelparteien, Volksparteiler und Demokraten, haben Abänderungsanträge zu den Verordnungen der Regierung eingebracht. Und jetzt erklären sich diese Parteien damit einverstanden, daß diese Anträge gar nicht zur Beratung kommen. Jetzt erklären sie sich damit einverstanden, daß die Regierung den Reichstag auflöst, nur damit die Anträge der Sozialdemokraten — und die ihren! — gar nicht mehr zur Beratung kommen.

Die Sozialdemokratie macht dieses unwürdige Spiel nicht mit. Unter stürmischen Beifall der Fraktion konnte gestern Genosse Breitscheid in seiner ausgezeichneten Rede erklären:

Wir stehen zu unseren Anträgen und werden jede Konsequenz auf uns nehmen, die die Regierung aus dieser unserer Haltung zu ziehen für gut befindet.

Dieser Beifall wird sich fortpflanzen in den Reihen unserer Anhänger im Lande. Wird aus der Handfläche hingeworfen,

so nehmen wir ihn auf, und Millionen werden ihr Hirn und ihre ganze Persönlichkeit dafür einsetzen, daß die alte, ruhmreiche sozialdemokratische Partei diesen Kampf auch in Ehren besteht.

Die Anträge, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestellt hat, hat sie gestellt als Anwalt der Interessen der breiten Massen des Volkes, der Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen das bürgerliche Regiment alle Lasten der Reparationen wie der Stabilisierung aufgeladen hat.

An der Spitze der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge steht ein Antrag zum Schutz des Achtstundentags. Er fordert vor allem, daß eine Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit nur auf Grund von Tarifverträgen zulässig sein soll.

Die Regierung sagt: „Der Antrag darf nicht beraten werden, lieber Auflösung!“

Es folgt ein Antrag, wonach nicht nur die Angestellten bis zu 150 M. Monateinkommen, sondern auch die besser Gestellten Erwerbslosenbeitrag bezahlen sollen, damit für die Kernten der Armen, die Arbeitslosen, mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Die Regierung sagt: „Der Antrag darf nicht beraten werden, lieber Auflösung!“

Ein anderer Antrag will von dem Einkommen über 8000 Mark Zuschlagsteuern erheben und vom Ertrag die Beamten besser bezahlen.

Die Regierung sagt: Siehe wie oben! Andere Anträge fordern Verbesserungen der Personalabbauperordnung und Milderung ihrer Härten, Wiederherstellung des Achtstundentags für die Beamten, Wiederherstellung der Schwurgerichte usw.

Das sind Anträge, deren sachliche Beratung durch Auflösung verhindert werden soll.

Aber am meisten Kopfschmerzen haben der Regierung wohl die Anträge zur dritten Steuernotverordnung gemacht.

Da ist vor allem die Streichung der Mietsteuer. Die Sozialdemokratie will den Mietern diese schwere Last von den Schultern nehmen. Aber da sie kein Loch im Etat schaffen, die Stabilität der Rentenmarkt nicht gefährden will, fordert sie Erlass der Mietsteuer durch Zuschläge auf die Vermögenssteuer.

Will vielleicht jemand mit dem Vorwurf der „Wahldemagogie“ kommen? Nun, dann sei gesagt, daß die Sozialdemokratie die Ehre der Urheberschaft an diesem Vorschlag gar nicht für sich in Anspruch nehmen kann. Dieser Vorschlag ist ein Kompromißvorschlag, ist ein Vorschlag einer bürgerlichen Partei, einer Regierungspartei, nämlich der Demokraten.

Die Sozialdemokratie war auf diesen Vorschlag eingegangen, eben weil sie nicht „Wahldemagogie“ treiben, sondern praktische Arbeit leisten will. Sehen sich die Demokraten für diesen Vorschlag ernsthaft ein, so hätte er eine Mehrheit im Reichstag, und war die Regierung ebenso einseitig, wie die demokratische Regierungspartei in einem lächeln Augenblick es gewesen war, dann war das praktische Ziel, Befreiung der Mieterchaft von einer ungeheuren Last, auch wirklich erreicht.

Aber die Regierung richtete eine Warnungstafel auf, und die Demokraten ergriffen vor ihrem eigenen Vorschlag die Flucht.

Es wird in den nächsten Tagen und Wochen noch Gelegenheit genug sein, auf den Gegenstand des Konflikts, auf die sozialdemokratischen Anträge, näher einzugehen. Für heute genügt das schon Gesagte, um zu beweisen, daß sich die Regierung und die sie stützenden Mittelparteien in geradezu ungeheurer Weise ins Unrecht gesetzt haben.

Einen Gewinn haben sie bei den Wahlen davon nicht zu erwarten. Sie treiben damit nur diejenigen Wähler, die für die Sozialdemokratie noch nicht reif sind, der äußersten Reaktion zu.

Dieser äußersten Reaktion muß der Kampf der Sozialdemokratie vor allem gelten. Gelingt es nicht, ihren Angriff zurückzuweisen, dann ist die fürchterlichste Schädigung der arbeitenden Massen, ist eine neue Ära schwerster Erschütterungen und außenpolitischer Konflikte nicht zu vermeiden.

Nach innen: Verlängerung der Arbeitszeit ins Ungeheure, Knechtung der Beamten, Herrenwillkür in der Wirtschaft, Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle, nach außen: Verlust aller Sympathien und Vermehrung des auf Deutschland lastenden Drucks — das würden die Folgen sein! Für Wohl und Freiheit der arbeitenden Massen, für

Ehre, Leben und Zukunft unseres Volkes gilt es jetzt im Kampf das Letzte einzusetzen.

Die Drüben glauben den Sieg in der Tasche zu haben! Zeigt ihnen, daß sie sich irren!

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beriet gestern vor und nach der Plenarsitzung. Sie nahm den Bericht des Fraktionsvorsitzenden Genossen Hermann Müller über die Besprechungen der letzten Tage entgegen und fand in ihnen keinen Grund, an der bisher eingenommenen Haltung etwas zu ändern. Die vom Fraktionsordner Genossen Dr. Breitscheid im Plenum abgegebene Erklärung, die Fraktion stehe zu ihren Anträgen und nehme alle Konsequenzen auf sich, die die Regierung daraus ziehen wolle, wurde gutgeheißen. Zum dritten Redner der Fraktion in der allgemeinen Aussprache wurde Genosse Scheidemann bestimmt.

Der Standpunkt der Regierung.

Offiziös wird gemeldet: In der Besprechung, die der Reichskanzler nach der Plenarsitzung des Reichstages vom Mittwoch mit den Führern der Koalitionsparteien hatte, ergab sich zwischen der Regierung und den vier Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten, völlige Einigkeit über die Art des Vorgehens in den gegenwärtigen parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Behandlung der Ratgeberungen der Reichsregierung. Die Reichsregierung gedenkt sich hierbei die Führung nicht aus der Hand nehmen zu lassen, sie würde also bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus dem Ausgang des Meinungsstreites für sie als unumgänglich erweisen würden. Hiernach wird es von der Haltung der Opposition abhängen, ob die Regierung zur Durchführung dieser Absicht sich gezwungen sieht. Im ganzen ist dadurch der Ausgang immer noch ins Ungewisse gestellt, denn es bleiben immer noch andere Möglichkeiten als die Auflösung des Reichstages offen. Es kann sein, daß die Entscheidung schon vor Ende dieser Woche fällt, ebenso aber ist denkbar, daß sich die Debatte im Reichstag noch in die nächste Woche ausdehnt. Fällt die Entscheidung mit der Auflösung des Reichstages schon in dieser Woche, so könnten die Neuwahlen am 6. April stattfinden. Kommt ein Ergebnis erst in der nächsten Woche zustande, so würde der Wahltermin noch ungewiß sein, da am 13. April, dem Palmsonntag, die Landbevölkerung wegen der in manchen Gegenden an diesem Tage üblichen Konfirmationsfeiern eine Wahl an diesem Tage als unerträglich empfinden würde.

Aus der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigt sich in ihrer gestrigen Fraktionsitzung mit der im Reichstag zur Entscheidung drängenden politischen Lage. Die Zentrumsfraktion erklärt keinerlei Interesse daran zu haben, einer klaren Entscheidung auszuweichen, und sie blüht auch die feste Haltung der Reichsregierung, die eine baldige klare Entscheidung ohne große Umwege herbeizuführen wünscht. Da auch anzunehmen ist, daß die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion sich im wesentlichen nicht ändern wird, hält man im Zentrum die alsbaldige Entscheidung, und zwar voraussichtlich durch die Auflösung des Reichstages, für gegeben. Bei der Festlegung des Wahltermins muß das Gesamtinteresse Deutschlands, auch in außenpolitischer Beziehung, genau beachtet werden.

Der Reichstag im Wahlsieber.

Die gestrige Reichstagsitzung verlief, wenn auch gemessen in der Form, so doch schon in stärkster politischer Erregung. Nicht nur die Rede des Genossen Dr. Breitscheid wies auf Hochspannung, sondern besonders auch die des Zentrumsabgeordneten Dr. Raas, die sich zu einer fürchterlichen Abrechnung mit Ludendorff gestaltete. Ludendorff hat dem Zentrum die Wahlparole gegeben, die es braucht: die religiöse Wahlpapierrolle.

Heute gedenkt Herr Helfferich zu einem großen Vorstoß auszuholen, der sofort vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann beantwortet werden soll. Außerdem stehen der Ernährungsminister Graf Kanitz und der Volksparteiler v. Raumer als nächste auf der Rednerliste.

Noch drei Wochen Hitler-Prozess.

München, 5. März. (W.B.) Der Hitler-Prozess dürfte voraussichtlich noch drei Wochen dauern. In den nächsten Tagen wird mit der Jüngerennehmung fortgeföhren. Von der Staatsanwaltschaft sind etwa 80, von der Verteidigung etwa 150 Zeugen geladen. Das Urteil dürfte erst Ende März gefällt werden.

Die „Vaterländischen“ gegen Stresemann.

Die W.S.-Korrespondenz meldet: Die Vereinigten Vaterländischen Verbände verbreiten folgende Erklärung: „Die W.S.D. stellen gegenüber der im Reichstag gehaltenen Rede des Reichsaussenministers Dr. Stresemann „zunehmende Erkenntnis in der Welt“ darüber fest, daß

1. die Schuld an einer absichtlichen planmäßig vorbereiteten Herbeiführung des Weltkrieges nicht bei Deutschland liegt;
2. das Diktat von Versailles nur unter Druck der mit der amerikanischen Regierung getroffenen Vorkriegsabmachungen erfolgt ist;
3. die Unterzeichnung Deutschlands unter diesem sogenannten Vertrag eine erzwungene ist.

Dieses Weiterdringen der Wahrheit und die fortschreitende Klärung der weltpolitischen Lage würde die Aussichten auf eine Beilegung des Versailler Diktates bessern, wenn das deutsche Volk auch durch den Mund seiner Regierung bei dieser Gelegenheit den Willen äußert, sich vom Versailler Unrecht frei zu machen.

Die W.S.D. erheben deshalb Widerspruch gegen die aus der Stresemann'schen Rede zu entnehmende Absicht der Reichsregierung, durch eine freiwillige Unterschrift sich irgendwie mit dem Versailler Vertrag abzufinden. Sie stellen an die Reichsregierung angedeutet deren Verhandlungen mit den Feindmächten die bringende Forderung, jede Abmachung zu unterlassen, die unter dem trügerischen Anschein wirtschaftlicher und finanzieller Vorteile die politische Stellung Deutschlands gegenüber dem Versailler Diktat abschwächen oder seine wirtschaftliche Souveränität einschränken könnte. Denn beides würde die Wiederaufrichtung des deutschen Volkes gefährden. Neue Abmachungen mit den Feindmächten müssen um so verhängnisvoller wirken, als sie eine ähnliche Entlastung hinsichtlich der erzwungenen wirtschaftlichen Wirkung herbeiführen werden, wie sie nach der Aufgabe des Ruhrwiderstandes und nach den Abschlüssen der Ricam-Verträge Platz gegriffen hat. Ferner fordern die W.S.D. von der Reichsregierung eine entschiedene Ablehnung des Völkerbundes, da sich dieser als ein völlig einseitig einseitiges Machtmittel des französischen Imperialismus gegen Deutschland erwiesen hat.

Die Vereinigten Vaterländischen Hochköpfe haben wieder einmal eine Ganzseitigkeit politischen Analphabeten-tums vollbracht. Sie beginnen ihre Erklärung mit der Aufstellung von drei Punkten, über die es im deutschen Volk einen Streit überhaupt nicht gibt: das gilt nicht nur für die Punkte 2 und 3, sondern auch für den Punkt 1, soweit damit die Zurückweisung der Behauptung von einer Alleinschuld Deutschlands am Kriege in Frage kommt, wie sie im Artikel 231 des Versailler Dokumentes aufgestellt wurde. Nur haben gerade die Kreise, die hinter dieser Erklärung stehen, am allerwenigsten das Recht, über die Schuldfrage in solchen Tönen zu reden, denn sie sind es, die einen nicht unerheblichen Schaden am Kriegsausbruch tragen.

Aber die Folgerungen, die aus diesen drei Punkten in dieser Erklärung gezogen werden, sind so kindische, daß sie eine ernste Auseinandersetzung gar nicht lohnen. Die W.S.D. wollen der Reichsregierung verbieten, zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen. Nachdem sie sich über die erzwungene Unterschrift von Versailles empört haben, wenden sie sich auch gegen eine freiwillige Unterschrift, obwohl damit zweifellos Milderungen und jedenfalls das für Deutschland so dringende Moratorium endlich erreicht sein werden. Was wollen eigentlich die W.S.D.? Etwas die Fortdauer des jetzigen unerträglichen Schmebezustandes, damit etwa auch die Rentenmarkt zusammenbricht? Oder den Reparationskrieg? Oder was sonst?

Ueber diese Kindsköpfe könnte man ruhig hinwegsehen, wenn man nicht befürchten müßte, daß wenigstens ein Teil der Reichsregierung sich durch diese Kundgebung ebenso beeinflussen lasse, wie feinerzeit das Auswärtige Amt durch das Geschrei der Rechtspresse beim Tode Wilsons. Wann wird man sich endlich dazu ermannen, diese Gesellschaft von „Vaterländischen“ als das zu betrachten und zu behandeln, was sie sind: Bellende Räter, die immer nur ihr Waul Waul Waul herausbringen können.

Polnische Proteste. In den ober-schlesischen Zentren fanden aus Anlaß der Verhaftung polnischer Arbeiter in Deutsch-Oberschlesien Demonstrationenversammlungen der Arbeiterschaft statt.

Die Erforschung einer uralten Riesenstadt. Das Carnegie-Institut in Washington unternimmt jetzt in Uebereinstimmung mit der mexikanischen Regierung eine Expedition, um die Ruinenstadt von Chichén Itzá in Yucatan einer erschöpfenden Erforschung zu unterwerfen. Chichén Itzá ist eine der größten der alten Städte Mittelamerikas, deren in Ruinen noch ausstehende Tempel, Paläste und Gräber ein Gebiet bedecken, das etwa 8 Kilometer lang und fast 5 Kilometer breit ist. Im Herzen dieser Ruinenstadt befindet sich das Hauptheiligtum, eine kreisrunde Einfriedung, die etwa 100 Meter im Durchmesser faßt und in der vor vielen Jahrhunderten bei den Festen den Regengöttern von den Azteken, Tolteken und Mayas Opfer an Menschen und kostbaren Dingen dargebracht wurden. Diejenigen jungen Männer und Mädchen, die sich durch besondere Vollkommenheit des Körpers und Geistes auszeichneten, wurden geschlachtet, und ebenso wurden die herrlichsten Juwelen, die wundervollsten Gegenstände in Gold und Silber hier angehäuft. Der Platz ist vor kurzem teilweise umgraben worden und man fand dabei große Schätze an goldenen Gefäßen und Schmuckstücken, kostbare Steine, herrliche Schnitzereien und dazwischen große Mengen junger Menschen beiderlei Geschlechts. Ende des vergangenen Jahres begann die vorläufige Untersuchung. Es wurden damals bereits die Ausgrabungen des Baldeas vorgenommen, der die Ruinen fast vollkommen überwuchert hatte, so daß jetzt sofort mit den Grabungen begonnen werden kann.

Alpeln kann operativ befreit werden. Alpeln und Stottern sind die unangenehmsten Sprachfehler. Nicht ist lächerlicher als ein Alpener Mensch, und lächerlicher ist, daß es werden als die Alpiner, die sich bisher durch sorgfältige Übung ihren Fehler nicht abzuwehren konnten, mit Freuden begrüßen, daß man jetzt eine Methode gefunden hat, das Alpeln auf operativem Wege zu heilen. In Italien nämlich, in denen bisher die Uebungsbehandlung verlagert hat, ist wie Professor Franke in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ feststellt, die übermäßige Länge der Zunge schuld. Er ist daher auf den eben so einfachen wie genialen Gedanken gekommen, die Zunge durch einen kleinen Einschnitt zu verkürzen. Bei den Patienten, die er bisher behandelt hat, entfernte er ein etwa 1 Zentimeter langes Stück der Zungenspitze und vernähte es so, daß die Zunge weder in Form noch Aussehen einen Unterschied gegen früher zeigte. Die Heilung erfolgte glatt innerhalb zwei Wochen, und die Sprache war gleich in den ersten Tagen nach der Operation wieder normal. Besonders hervorzuheben ist, daß der Einschnitt nämlich ganz schmerzlos geschehen kann und keinerlei Gefahren mit sich bringt.

Vorträge. In der „Gesellschaft für Erdkunde“ sprach Sonnabend 7 Uhr im Saal der Universität Prof. A. Wülfels (Zoo) über „Die preussischen Waldländer“. — Dr. Rodenberg, Bismarckstr. an der Deutschen Bäckerei in Berlin, hält Donnerstag im Gemeindefaal der Dreiecksgemeinde (Waldstr. 115) einen Vortragsabend über: „Die neue deutsche Buchkunst mit Ausblick auf die moderne Buchausstattung im Ausland“ zum Besten der Deutschen Bäckerei. — **Vorlesung G. B.** Das für den 9. März angekündigte Konzert der Hofföhne in der Oper am Rudolphplatz muß auf den 22. März verlegt werden. Welche Karten behalten Mitglieder. — **Des 100. Geburtstags Friedrich Struckos** gedenkt das März-Heft der „Festschrift“ des Vereins für die Geschichte der Stadt Berlin durch einen Beitrag von Ernst Rodendorf, dem Biographen des Meisters. Es ist der 100. Geburtstag Struckos mit dem erleuchtendsten Ausblick: Taubheit und Arrenbau. Dem Gedächtnis sind drei kleine Abbildungen, darunter ein Postkarte, beigegeben.

Die bayerische Revolution.

Ein Zeugnis aus bayerischem Munde.

Nicht nur vor dem Münchener „Volksgericht“, sondern auch sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit behaupten die berufsmäßigen Putschisten und Hochverräter am demokratischen Reich, daß die Revolution von 1918 das Werk von „Fremdbrütern“ oder „Landfremden“ gewesen sei. Und da man den Urberliner Kurt Eisner geflissentlich in einen „galizischen Juden“ umgewandelt hat, so war es leicht, besonders dem Münchener Bierpflücker eine solche Meinung beizubringen, denselben Kreisen, die auch an die Räubergeschichte des wortbrüchigen Reichswehrführers Wagner glauben, daß ein „Koffe des Reichspräsidenten“ als Bizehwebel ihm die Revolution vorhergesagt habe.

Für alle diejenigen, denen die wirklichen Ereignisse aus dem Gedächtnis entschwunden sind, zitiert das „S. L.“ einen gewiß unerdächtigen Zeugen, nämlich den bekannten Gründer der „Orgefa“, den Forststr. Escherich, der in einem seiner Escherich'schen die folgende objektive Darstellung der Vorgänge vor dem Zusammenbruch von 1918 gibt:

„Während des Krieges steigerte sich die allgemeine Unzufriedenheit gewisser Kreise durch den weit verbreiteten Glauben, daß Bayern zu den landwirtschaftlichen Kriegszentren (vor allem von Vieh) vom Reich stärker herangezogen würde als die übrigen Bundesstaaten. Der Bayer empfand die Berührung der Biercrone und die Verschlechterung der Qualität dieses Nationalgetränks besonders schwer, und den Südbayern als ausgesprochenen Fleischesser und Gemüservrächter traf die Einschränkung des Fleischverbrauchs viel härter als zum Beispiel den Norddeutschen. Der Bayer empfand auch viel schwerer als dieser die Unmenge bürokratischer Verordnungen, welche die Kriegswirtschaft notwendigerweise mit sich brachte.

Die allgemeine Unzufriedenheit ersetzte unter diesen Verhältnissen auch den Bauern, der bekanntlich 5 Proz. des bayerischen Volkes ausmacht. Obwohl es ihm finanziell ausgegünstig ging, so überzog doch auch bei ihm allmählich der Anblick die Günst der wirtschaftlichen Lage, und das Wort „Revolution“ war seit dem Sommer 1918 ein Begriff, der selbst überall auf dem Lande immer mehr Anklang fand. ... Die deutsche Revolution des Jahres 1918 ist im wesentlichen die Folge des verlorenen Krieges, besser gesagt, der erschöpften Kraft. ... Revolutionen werden überhaupt nicht gemacht, wie Eisner meinte, sondern sie kommen, wenn ihr Boden bereitet ist. ... In Vorboten der Revolution in München und damit in Bayern hat es nicht gefehlt. Daß man die Sturzzeichen nicht beachtete, daß mögliche Persönlichkeiten die warnenden Stimmen nicht hören wollten, das lag eben in den Verhältnissen, die den Boden für die Revolution hatten reif werden lassen. Schon am 18. Oktober hatte eine sozialdemokratische Versammlung stattgefunden, in der von kommender Umwälzung und Revolution die Rede war. ... Diesen radikalen Regungen trat der Abgeordnete und spätere Minister Auer entgegen, der zur Besonnenheit mahnte und auf den legalen Weg verwies. Auer trat für die Forderung nach einer wahren Volksregierung ein, bezeichnete den Bolschewismus als das größte Übel für das deutsche Vaterland und rief den Revolutionsführern die Warnung zu, daß ein Zeitpunkt kommen könne, wo sie einen solchen Schritt bitter bereuen würden.“

Der Forststr. Escherich ist von der Verteidigung im Hitler-Prozess als Zeuge geladen. Nachdem die politischen Rindsköpfe vor den Schranken des sogenannten Volksgerichts sich tagelang in politischer Kannegießerei über die „Novemberverbrecher“ ergangen haben, findet hauptsächlich Herr Escherich Gelegenheit und auch den Mut, ihnen seine Darstellung aus dem Heft 1 seiner Escherich'schen zur Verfügung zu bringen. Ob das viel helfen würde, den berufsmäßigen Lügner die Schamröte aufsteigen zu lassen, wagen wir allerdings nicht zu glauben. Aber dem Gericht könnte eine solche Aufklärung des Gedächtnisses sicher nicht schaden.

Bayerische Justiz.

Verteidiger und Richter im Hitler-Prozess.

München, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Richtertrauen gegen den Gerichtshof im Hitler-Prozess, das sich schon nach dem ersten Tage in der breitesten Öffentlichkeit einstellte, hat sich inzwischen außerordentlich verschärft. Mehr oder weniger offen kommt das in der gesamten Münchener Presse mit Ausnahme der völkischen zum Ausdruck. War man zum Teil schon peinlich berührt von dem Eindruck, daß bei der Vernehmung der Angeklagten, oder besser gesagt bei ihren Agitationsreden die Richter zu sprachlos oder kaumden Bewunderern der austrumpfenden Ueberheblichkeit der Hochverräter wurden, so mußte man geradezu überrascht sein von der teilweisen Uninteressiertheit bei der Zeugenvernehmung. Bei dem Verhör der Kollegen des Angeklagten Fried, den Beamten der Münchener Polizeidirektion, ist es allgemein aufgeföhren, daß das Ausfragen aller derjenigen, die den „Präsidenten“ Fried irgendwie belasten mußten, viel weniger gründlich erfolgte, als das z. B. bei dem Zeugen Balz der Fall war, bei dem die Sympathien unverkennbar für Fried schlugen und der ja auch von diesem in der Putschnacht logisch mit der Leitung der politischen Abteilung betraut wurde. In bezeichnender Einstellung hat dieser selbst bekanntlich um 3 Uhr nachts das Anschlagen der Kahr'schen Proklamation verhindert, jenes Plakates, das die „Rebellen“ und „ehrigeligen Gesellen“ einmündig darüber aufgeklärt hätte, daß ihre Freunde Kahr, Löffow und Seifert umgelassen waren. Man war nun geradezu erstaunt, daß weder der Gerichtsvorsitzende noch der Staatsanwalt es für nötig fanden, den Zeugen Balz danach zu fragen, ob er sich bei seiner Jenuritätigkeit auch um den zeitlichen Inhalt des Plakates und nicht bloß um die Unterschriften gekümmert hat. Balz hat dieser Inhalt ganz gewiß interessiert, zum mindesten in der gleichen Weise, wie sich die Deffektivität in der Gerichtsverhandlung dafür interessiert hätte. Balz ist sofort hinterher in die Polizeidirektion gegangen, erfuhr dort die Verhaftung Frieds und später auch die Pöhmers, und trotzdem hat er seine Jenur über das Aufklärungsplakat Kahr's nicht zurückgenommen. Es ist merkwürdig, warum das Gericht an dieser dunklen Geschichte so interesselos vorbeigegangen ist.

Bemerkenswert ist zweifellos auch das Maß der Nachsichtigkeit, mit welcher der Gerichtsvorsitzende die Untergrabung der Staatsautorität und den frechen Hohn so mancher der Angeklagten duldet. Schmeigend, ja mitunter schmunzelnd hörte er die Schimpfworte der Offiziere, die sich nicht scheuen, von der „schmierigen“ Republik sich finanziell unterhalten zu lassen. Den Höhepunkt in dieser Hinsicht bildete die Tatsache, daß dieses Gericht die schamlose Verdächtigung des Repräsentanten des deutschen Reiches durch einen blutigen Frechling schweigend mit anhörte und in dem von national-aktivistischer Lust geschwängerten Raume nicht den Mut fand, von sich aus von der amtlichen Kennzeichnung dieser Lüge Mitteilung zu machen. Es ist klar, daß diese Nachsicht für ein gewisse Sorte der Verteidiger ein Ansporn sein mußte, in der Tat die Verdächtigung ihre Klienten noch zu überbieten. Man zählte schon über ein halbes Duzend Fälle, in denen einzelne Verteidiger mit großem Getöse Erklärungen abgaben oder Feststellungen machten, die sich nach kurzer Zeit als vollkommen falsch erwiesen haben. Bedauerndes Köcheln, es wird zurückgenommen in dem Bewußtsein: hängen bleibt doch etwas. Mit Recht schreibt heute ein führendes Regierungsblatt: „Es tut weh,

den Gerichtshof zum Tummelplatz für Abokantentriebe herabgemüßigt zu sehen. Kein Wunder, nachdem der Vorsitzende es geduldet hat, daß dieser Hochverratsprozeß bisher vollständig von parteipolitischen Tendenzen beherrscht war.“

Hohenzollern und Wittelsbach hinter den Kulissen.

München, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Zentral-Komitee der Münchener Katholiken erlebte am Mittwoch eine Protestkundgebung gegen „die das erträgliche Maß weitaus übersteigenden Angriffe Ludendorffs gegen die katholische Kirche, den heiligen Stuhl und den Kardinal Faulhaber. Nur mit Rücksicht auf den fürchtbaren Ernst der Lage und angesichts der Tatsache, daß das Verfahren vor dem Volksgericht noch schwebt, wird von öffentlichen Kundgebungen der katholischen Bevölkerung zunächst Abstand genommen. Wir wollen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß durch diese neuerlichen Beleidigungen unsere katholische Gebild bis zur Grenze erschöpft ist. In anderen bayerischen Städten, so in Kürnberg, sind die Katholiken in Protestversammlungen an die Deffektivität getreten.

Gleichzeitig veröffentlicht die katholische Presse in Bayern einen Artikel des Reichstagsabgeordneten Rauch, der sich besonders scharf gegen die Politik Ludendorffs in Bayern wendet und einen deutlichen Hinweis enthält für den Fall, daß dem Ludendorff'schen Hochverrat nicht entsprechende Sühne durch das Gericht zuteil wird. Aus dem Artikel Rauchs sind besonders folgende Sätze interessant: „Was sich in Bayern unter der Führung Ludendorffs abspielt, ist nicht die Vorbereitung einer neuen deutschen Erhebung, sondern in erster Linie der bestellte und nicht bestellte Kampf einer deutschen Hausmacht gegen eingebildete Entwicklungsmöglichkeiten einer anderen Hausmacht. Wir Bayern haben keine Lust, nach den großpreussischen Offenherzigkeiten des Generals uns eine solche Art von Irredenta mitten im Lande nach länger gefallen zu lassen. Mag sein, daß in Städten und gewissen Fremdenorten, in denen Nichtbayern sich in größter Zahl angesiedelt haben, für eine solche großpreussische Irredenta ein gewisses Echo gefunden wird. Die breite Masse unseres Bayernvolkes landauf landab will aber davon nichts wissen. Wenn Ludendorff den preussisch-monarchischen Gedanken auf Kosten des bayerisch-monarchischen Gedankens und noch dazu auf bayerischem Boden zu propagieren sucht, dann ist er ein Schädling auf bayerischem Boden und treibt mit der ihm gewährten Waffrenschußschwere Mißbrauch.“

Das Saargebiet deutsch.

Saarbrücken, 5. März. (W.S.) Der neugewählte Landesrat ist heute zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Nach der Wahl des Präsidiums gaben die Vertreter der verschiedenen Fraktionen ihre programmatischen Erklärungen ab. Der Vertreter der Sozialdemokraten, Sonder, stellte dabei den Antrag, es solle an den Völkerbundrat ein Telegramm gerichtet werden, in dem der Völkerbundrat aufgefordert wird, dem Landesrat das Mitbestimmungsrecht bei der Wahl des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission zuzugestehen. Der Landesrat sei bereit, geeignete Männer zu nennen. Die Regierungskommission soll erachtet werden, beim Völkerbund das Verlangen zu stellen, dem Landesrat ein Vorschlagsrecht bei der Ernennung des saarländischen Mitglieds einzuräumen, sowie dem an den Völkerbundrat zu entsendenden Vertreter des Landesrats das Recht auf Anhörung zu erwirken.

Eine Abstimmung über den Antrag konnte nicht vorgenommen werden, da dies nach der Geschäftsordnung unzulässig ist, jedoch konstatierte der Präsident, daß alle Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, den Antrag angenommen haben.

Die Erklärungen der Fraktionsabgeordneten waren auf den Grundton gestimmt, der in der Erklärung des Zentrumsgesandten enthalten war: „Wir führen uns auf Grund des nationalen Gemeinschaftsgefühls und der geschichtlichen Vergangenheit des Saargebietes und Saarlands als Glied von Deutschland. Daher wird uns neben der Wahrung der kulturellen Güter die Pflege deutscher Sitten und deutscher Kultur sowie die Erhaltung der Verbindung mit dem Mutterland besonders angelegen sein. Land und Leute an der Saar sind von jeher deutsch gewesen. Auch der Versailler Vertrag erkennt das an. Sie sollen ewig Deutsche bleiben.“

Gegen Schluß der Sitzung zog ein Demonstrationzug von Eisenbahnangestellten, die (eben von einer Versammlung kamen, vor das Gebäude des Landesrats und beantragten vorgelassen zu werden, um ihre Forderungen zu unterbreiten. Der Präsident lehnte dies ab und schloß die Sitzung.

Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Später Milderung der Kontrolle.

Paris, 5. März. (W.S.) Die Völkerverkonferenz hat heute vorläufig in Unwesenheit von Marshall Foch eine Sitzung abgehalten, in der sie sich über den Vorstoß der deutschen Regierung zu richtenden Note über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle verständigt hat. Fochs erinnert in einem Kommentar zu der Sitzung daran, daß den Beratungen der Völkerverkonferenz die Vorschläge der englischen Regierung vom 25. Februar zugrunde gelegt haben, die die Völkerverkonferenz zur Begutachtung dem Internationalen Militärkomitee in Versailles übermitteln hat. Die englischen Vorschläge seien heute, abgesehen von einigen Änderungen in den Einzelheiten, in großen Zügen angenommen worden. Die Note, die heute abend von der Völkerverkonferenz an die deutsche Regierung gerichtet wird, werde die demnachstige Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland vor. Sie werde für die Internationalisierte Militärkontrollkommission das Recht in Anspruch nehmen, mit Unterstützung der deutschen Behörden in ganz Deutschland die Mannschafsbefehle nachzuprüfen, ob im Jahre 1923, wo die Kontrolle nicht mehr ausgeübt worden sei, Deutschland keine neuen militärischen Vorbereitungen unternommen habe, und ob zuzusetz die Abrüstung als endgültig durchgeführt betrachtet werden könne.

Wenn die deutsche Regierung zu dieser Nachprüfung die Hand biete, und wenn ferner deren Ergebnisse negativ seien, würden die Militärten bereit sein, an Stelle der Militärkontrollkommission ein Garantiekomitee oder irgendein anderes gleichwertiges Organ mit beschränktem Personalbestand zu setzen.

entsprechend den Vorschlägen, die die Völkerverkonferenz im September 1922 Deutschland gemacht habe. Vorher werde Deutschland die in der Note vom Jahre 1922 vorgesehenen fünf Forderungen erfüllen müssen, die sich namentlich auf Abänderung der Gesetzgebung betr. die Ausfuhr von Waffen, die Entmilitarisierung der Polizei usw. bezogen.

Die belgische Krise.

Brüssel, 5. März. (W.S.) „Libre Belgique“ glaubt zu wissen, daß Baron Houtard dem König geraten habe, von de Snydere (Minist. Glume) mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen.

Bedrohte Wohlfahrtseinrichtungen.

Abbau der sozialen Fürsorge — eine öffentliche Angelegenheit.

Wir veröffentlichten vor einiger Zeit eine Unterredung unseres medizinischen Mitarbeiters Dr. M. mit parteigänglichen Stadtbeamten aus den Arbeiterbezirken. Zur Ergänzung seiner Ausführungen wollen wir jetzt eine Schilderung der kommunalen Wohlfahrtseinrichtungen, unter Betonung ihres Wertes für die Allgemeinheit, folgen lassen. Es handelt sich im besonderen um Einrichtungen im Bezirk Wedding.

Von 1000 Todesfällen in den Monaten Januar bis März 1923 waren durch den weißen Tod, die Tuberkulose, also die Proletarierkrankheit verursacht im Bezirk Wedding 217, im Friedrichshain 206, Prenzlauer Berg 188, Kreuzberg 184, Berlin Mitte 160, Reuthain 140, Tiergarten 128, Charlottenburg 108, Wilmersdorf 46 und Zehlendorf 14. Diese nachstehenden Zahlen zeigen in eklärender Weise, welche schlechte Gesundheitsverhältnisse in den Arbeiterbezirken gegenüber denen der Wohlhabenden des Westens herrschen und daß es ein tausendfacher Mord am Proletariat wäre, wenn gesundheitsliche Wohlfahrtseinrichtungen unter dem Stichwort Abbau und Geldersparnis geschlossen würden.

Stadtbad Wedding.

Dies zur Einleitenden Orientierung. Als erste besichtigte unser Mitarbeiter das Stadtbad Wedding in der Gerichtsstraße. Es ist ein in einfachem Stil gehaltenes Badsteinbad, das in seinen Räumen außer den Badeeinrichtungen noch die Erwerbslosenfürsorge beherbergt. Es wurde am 15. Januar 1908 eröffnet und enthält zwei große Schwimmbecken von 320 und 420 Kubikmeter Fassungsvermögen, von denen aus Gründen der Erparnis nur das kleinere im Betrieb ist. Die Zahl der Besucher der Anstalt betrug im Dezember 1923 22 718, im Dezember 1922 20 168. Es wurde von allen Beamten und Angestellten versichert, daß eine ständige, wenn auch nur langsame Zunahme der Besucherzahl festzustellen sei. Viel zu der geringen Benutzung trägt die Arbeitslosigkeit bei. Die vollkommen ungenutzten Unterstützungssummen, die nicht einmal die dringendsten Nahrungsvorgaben decken, lassen nichts zur primitivsten Körperpflege übrig. Deshalb ist auch eine Parallele festzustellen zwischen Besucherzahl des Stadtbades und der Arbeitslosenziffer. Den größten Posten im Etat des Stadtbades Wedding nehmen die Kosten ein, während die Arbeitslöhne, wie bei allen Wohlfahrtseinrichtungen, in der Gesamtsomme als ein verschwindend geringer Posten auftreten. Hier ist zu bemerken, daß die Ausgaben für Ärzte, Krankenpflegepersonal usw. im Bereich des Preussischen Wohlfahrtsministeriums nur 0,5 Proz., gies ein Zehntel der Gesamtsomme, betragen, und da wegen die bürgerlichen Posten in ihrer bekannten Strenge gegenüber den Arbeitnehmern von ungeheuren Personalkosten und Arbeitslöhnen zu sprechen. Nach dieser sachlichen Feststellung soll kurz der Gesichtspunkt skizziert werden, nach dem in der Behandlung der städtischen Wohlfahrtseinrichtungen in den Zeiten des Abbaues zu verfahren ist. Einschränkung des Personals und Abbau der Ueberflüssigen (des der Linksgerichteten) entsprechen in ihren Wirkungen den Sanierungsmaßnahmen eines Hofens, Heilerich und Konsorten. Verbilligung der Betriebsmittel der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen können durch Herabsetzung des Kohlenpreises, die nicht identisch ist mit einer Schichtverlängerung und Herabsetzung der Arbeitslöhne, erreicht werden. Der Staatsverwaltung muß klar sein, daß Wohlfahrtseinrichtungen immer Zuschußbetriebe sein und bleiben müssen, daß auf sie niemals der Grundjah Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben durch Erhöhung der Benutzungsgebühren anwendbar ist. Denn wird dieses Mittel versucht, so kommt es zu einem Rückgang der Besucherzahl, also Schädigung der Allgemeinheit, und dieser Schaden, dessen Größe sich besonders der Kammerer klar sein wird, wird im umgekehrten Verhältnis den Stadtkassen belasten, wenn man nicht nach dem Grundjah des Dr. Pinkerneil, M. d. V.: „Es ist besser, Tausende verhungern, als daß Millionen am Markt des Volkes zehren“, Sozialpolitik treiben will. Wenn das Proletariat zermürbt und zerrieben ist, dann ist die Sanierung des Staates vollendet, denken die bürgerlichen Politiker. Um auf unsere Badenanstalt zurückzukommen, so ist die Verwaltung mit Erfolg bestrebt, sie den Besuchern als eine geräumige Einrichtung zum Bewußtsein zu bringen, die ihnen nur anvertraut ist. Wie es heißt, hat das den besten Erfolg gehabt. Erwähnenswert ist der Weltbild des Gesundheitsamtes auf er-

zieherischem Gebiete, indem es das Stadtbad Wedding als erste Berliner Anstalt in ein Familienbad umwandelte, d. h. das Zusammenbadern beider Geschlechter gestattete. Es hat zwar sehr schwere Kämpfe mit den Vätern von Sitte und Anstand gekostet, aber die Vernunft hat diesmal über die Dunkelmänner gesiegt.

Zahnklinik.

Vom Stadtbad aus wurde die Zahnklinik besucht. Schon in früheren Artikeln wurde hier auf den hohen Wert einer frühzeitigen Sanierung der Zähne bei den Schulkindern hingewiesen. Nicht allein, daß Kinder, die keine Zahnschmerzen haben, in der Schule aufmerksamer sind, regelmäßig zum Unterricht erscheinen können und durch die Möglichkeit eines guten Zerhackens der Speisen mit ihren gesunden Zähnen in ihrem Ernährungszustand und Wohlsein besser dastehen als zahntranke Kinder; frühzeitig santerte Zähne bilden auch eine bleibende Erparnis für das Volkvermögen. Durch eine Befundung der Zähne in früher Jugend werden die ungeheuren Kosten, die die Krankenkassen für Gebisse, Plomben usw. zu zahlen haben, auf ein Minimum reduziert. In der Zahnklinik des Wedding werden von 9 bis 14 Uhr von drei Ärzten täglich ungefähr 140 bis 150 Kinder poliklinisch behandelt und täglich wird eine Klasse von ungefähr 25 Kindern genau untersucht. Dann werden vom Wohlfahrtsamt noch Kriegsbeschädigte usw. zur Behandlung überwiesen. Zum Beweise, wie rationell ein solch poliklinischer Betrieb ist und wie er die Taschen der Steuerzahler, die doch für die Unkosten zum Teil aufkommen müssen, schont, beweist die Differenz zwischen dem Kostenaufschlag eines Privatpraktikers und dem der Schutzklinik. Der Zahnarzt veranschlagte 88 Goldmark, die Zahnklinik hat mit Einschluß eines kleinen Ueberschusses über ihre Unkosten nur 31 Goldmark berechnet, also eine Erparnis, bzw. Billigerarbeiten eines poliklinischen Betriebes um 57 Goldmark, fast gleich 200 Proz. Dies nur als kleinen Beweis für die rationelle Arbeit von ärztlichen Großbetrieben, wie der von bürgerlicher Seite viel geschmähte Ausdruck heißt, im Gegensatz zum Zwergebetrieb des um seine nächtlichen Ergötzen ringenden Arztes.

Die Säuglingsfürsorge.

Zum Schluß wurde noch die Säuglingsfürsorge in der Brunnenstraße besucht. Die Frequenz schwankt hier zwischen 150 und 200 Besuchern pro Tag, das richtet sich nach dem Wetter. Nach einer Vorführung, die ein Produkt des grünen Lichtes ist, und die die tatsächlichen Verhältnisse und Räte der Proletariermutter nicht kennt oder nicht kennen will, soll nur eine Beratung und keine Behandlung in der Fürsorge stattfinden, um die „frei profitierenden Ärzte nicht in ihrem Einkommen zu schädigen“. Daß der doppelte Zeitverlust, hier Beratung, dort Behandlung, ein vollkommen unbilliges Verlangen ist, darauf wurde schon öfter an dieser Stelle hingewiesen. Dazu kommt noch, daß Proletarier, die arbeitslos sind, gar nicht in der Lage wären, eine oder mehrere ärztliche Konsultationen für Säuglinge und Kleinkinder zu erschwingen und da dann doch eine Größtbehandlung stattfinden müßte, diese am besten in einer städtischen Fürsorgeeinrichtung gewährt wird. Wer diese sachlichen, unterernährten Beschäfte, diese Kinder des Glends im wahren Sinne des Wortes gesehen hat, der kann sich nur immer wieder mit Staunen fragen, wie kann es ein Mensch, der nicht haben will, daß das Proletariat und der Mittelstand zugrunde gehen, verlangen, die soziale Fürsorge solle aus Ersparrungsgründen abgebaut werden.

Es ist besser, daß Tausende verhungern, als daß Millionen am Markt des Volkes zehren, das schrieb Dr. Pinkerneil, Mitglied der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, in seinen Bilanzgedanken in der Nummer des „Berliner Börsenkurier“ vom 1. Januar 1924. Das ist auch Sanierungspolitik. Sie will nicht heißen, sondern sich vom erwachenden Proletariat befreien, und dazu ist ihr jedes Mittel recht. Darum muß immer wieder gefordert werden: Hände weg von den Wohlfahrtseinrichtungen! Sie sind noch das letzte Mittel, das untergehende Proletariat und den dahinsinkenden Mittelstand vor einer Auflösung in Krankheit, Not und Tod zu bewahren.

Ein Transport.

Wie sehr sind diese Tage ohne Eis und Schnee und mit einem blauen neuer Wärme herbeigesehnt worden. Wie lange hat man darauf gewartet. Und nun sind die Gärten der Kolonisten endlich frei von Schnee. Nur in den gen Norden gelegenen Ecken und Winkeln liegen noch ein paar grau gewordene Reste. Die Arbeit im Garten ruft gebieterisch. Die Erde will zu neuer Fruchtbarkeit vorbereitet werden. Man geht, arbeitslos, hinaus und schwingt Spaten und Hacke und Rechen und atmet freudig den frischen herben Duft der Erde ein. Frühling! denkt man, Frühling! Neues Werden, neues Leben! Und dann geht man wieder mit den Gedanken, die man eben da so hat, heimwärts, die Hermannstraße entlang. Zwischen den Friedhöfen. Da waren sie neben mir. Zwei Frauen — die ältere, wohl die Mutter, schwenkte ein schwarzes Kopftuch in der Hand und stapfte eilig ihres Weges. Die jüngere, die Tochter wohl, ging mit langen, müden Schritten daneben und ließ sich fast ziehen — Und doch sollte sie ziehen. Beide Frauen hatten es Deichsel eines Bogens gefaßt. So eines Gefährtes, wie es sich der Laubkolonist anfertigt, um den Dung damit zu befördern und Gerst zur Gartenarbeit. In dem rohen, unbearbeiteten Rosten dieses Bogens aber stand ein Sorg, mit einem weißen Tuch bedeckt. Seine Umrisse verriet, daß er die Leiche eines Jahnährigen berger machte, eines Kindes, dessen Mutter mit langen, müden Schritten, den Kopf geneigt, vor dem Bogen ging und dessen Großmutter beide ziehen mußten; den Bogen mit seiner Last und die Mutter.

Der schöne Harry.

Ein Roman aus dem Leben.

Stoff zu einem Filmdrama hat eine Einbruch- und Räuber-geschichte, die die 6. Strafkammer des Landgerichts III beschlagnahmt. Unter dem Namen „Der schöne Harry“ war vor etwa zwei Jahren in einem Langlokal Charlottenburgs ein Mann bekannt, dessen Bekanntschaft dort auch eine bei einem Kaufmann in der Nachodstraße beschäftigte Hausangestellte machte. Der elegant gekleidete schöne Harry mußte sich bald derart in die Kunst des jungen Mädchens zu setzen, daß es in ihm bis über die Ohren verliebt war. Als sie ihn im Oktober v. J. in den Spichernsälen wieder sah, nahm sie ihren Harry Thom, der in Wahrheit ein mehrfach vorbestrafter Einbrecher Erich Roskoff war, heimlich über Nacht in die Wohnung ihres Arbeitgebers mit. Diese nächtlichen Zusammenkünfte wiederholten sich noch sehr oft, so daß Harry Gelegenheit hatte, die Wohnung zu einem Diebstahl auszustatten. Mit seinem Freunde, dem Bäcker Oswald Thom, dem richtigen Thom, verabredete er einen Ueberfall in der Wohnung, der dann auch an einem Sonntag im November v. J. mit allem Drum und Dran eines Schauerfilms in Szene gesetzt wurde. Zur Mitwirkung hatte man noch zwei Arbeitlose, Schmolke und Weise, hinzugezogen. Während Roskoff bei seiner Freundin war, verarmelte sich die Räuberbande in einer Kneipe in der Nähe. Bald kam auch Roskoff hinzu. Er hatte zu seiner Freundin gesagt, daß er zur Erhöhung der Stimmung noch schnell einige Zigaretten holen wolle. „Drauf, Jungens, es ist alles bereit, in zehn Minuten folgt ihr mir“, so rief er seinen Spießgesellen zu und verschwand. Kaum hatte es sich das Mädchen in der Wohnung auf dem Divan bequem gemacht, da wurde plötzlich die Tür aufgestoßen und vor ihnen standen drei sprechenerregende Männergestalten mit schwarzen und roten Säcken vor dem Gesicht und mit Revolvern in der Hand: „Hände hoch! Wer einen Laut von sich gibt, ist ein Kind des Todes!“ In sein Schicksal ergeben, kam der „schöne Harry“ diesem Befehl ohne weiteres nach, während das Mädchen leise weinte und jammerte und mit erhobenen Händen die Räuber flehentlich bat, doch wenigstens das kleine Kind der Dienerschaft in sein Bettchen legen zu dürfen. Das besorgten die Einbrecher selbst und befohlen dem Mädchen, sich in den Kleiderkammer zu begeben, vor den eine Wache mit geladenem Revolver gestellt wurde. Roskoff bemächtigte sich einer Kaffeetasse, die die gehamsterten Devisen des Hausherrn und die Schmuckstücke der Hausfrau enthielt. Raum war er in den Händen der Kaffeetasse gelangt, als er auch mit seinem Freunde Thom das Weite suchte. Als die beiden anderen sich von ihren Führern verlassen sahen, suchten sie noch alles was irgendwie verwertbar war, zusammen, packten es in Koffer und gingen dann auch auf und davon.

Die Polizei stand lange vor einem Rätsel, endlich gelang es aber, mit Hilfe von Detektiven die Diebe zu ermitteln. Es entstand

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Ach nein, so ist sie nicht. Enterven, vielleicht ja; aber sonst“
Einige Tage sprachen sie selten miteinander; Jürgen hatte in Gegenwart Katharinas das Gefühl, auf Luft zu gehen, und wich ihr aus, so oft er konnte.
Eines Abends, als er diesen Zustand qualvoller Spannung nicht länger mehr ertragen konnte, sagte er: „Wer bis zu seinem dreißigsten Jahre noch nichts geleistet und erreicht hat, wird auch später nichts mehr erreichen.“ Er stand am Schreibtisch, Katharina neben ihm, mit dem Rücken gegen das Fenster. Sie antwortete nicht.
„So wird man schließlich vierzig. Und was kann dann noch viel Erfreuliches kommen! Dann ist das Leben in der Hauptsache vorüber. . . Natürlich, wer ganz bedingungslos glaubt an den Sozialismus. . . Wer einfach glaubt!“
„Was willst du denn erreichen, Jürgen?“
„Das ist es ja eben. Ich bin kein Jüngling mehr. Man wird doch immer älter — und älter. . . Eh man sich versteht, ist das Leben vorbei, nicht wahr?“
Katharina antwortete nicht mehr. Sie ging langsam auf die Verbindungstür zu, ging durch, schloß die Tür. Sie stand in ihrem Zimmer. Sie legte die Hand aufs Herz. Sie wußte alles.
Jürgen sah, durch die verlassene Tür durch, Katharina stehen, so wie sie stand. Preßte die Hand auf das rasend klopfende Herz. Ruckte auf die Tür zu. Wollte nachstürzen.
Ruckte zwischen der Verbindungstür und der Ausgangstür wie ein von Verfolgern eingekreister Flüchtling im Rückzug hin und her. Und stürzte mit einem innerlichen, furchtbaren Todessehnen aus dem Hause.
Rannte aus der Stadt hinaus, querselbein, über Schollenfelder zum Bahndamm, zwischen den Schienen weiter, bis vor das schwarze Tunnelloch.
Diesmal blieb er nicht stehen und kehrte er nicht um. „Fort! Fort! Fort!“ befahl der Herzschlag, jagte ihn den Schienen nach, hinein in die Finsternis.
Er stolperte. Seine Hände streiften den Boden. Er

empfand darüber Befriedigung. Raste weiter, stieß mit dem Kopf gegen die Mauer. Und blieb keuchend stehen. In undurchdringliche Nacht gestellt, erblickte er plötzlich seine Genossen, klein und weiß. Katharina blüht verächtlich ihn an, deutet mit dem Finger auf ihn.

„Fort! Fort!“ schrie der Herzschlag. Vor sich, weit in der Ferne, sah Jürgen ein rotes Tunnelämpchen. Nach zwei Springen war er schon daran vorbei, stolperte, stürzte. Und blieb hockend, dicht neben dem Lämpchen, das jetzt weit hinter ihm in der Finsternis schwebte.

Stöhnend hob er den Kopf, sah die schneeweißen, starren Gesichter seiner Genossen. Katharina dreht sich kalt und gleichgültig weg.

„Wie sie mich verachtet!“
Die Schienen im Tunnel begannen zu klappern.

Bierig suchte Jürgen nach jemand, der ihn nicht verachtete. Sicht sofort bei der Gesellschaft auf dem besonnenen Hügel, neben Adolf und Elisabeth. Die Tante und der Vater treten hinter dem Busch vor, blicken ihn achtungsvoll an.

Pflichtig steht Phinchen vor Jürgen im Tunnel, große Liebe im Gesicht.

„Phinchen, bin ich ein Verräter? Ja oder nein? Wer hat recht: Katharina oder ich? Sage mir nur ruhig die Wahrheit. Ich halte alles aus.“

„Sie haben recht, lieber Herr Jürgen. Sind ein unendlich guter Mensch. Ich weiß, wie sehr Sie schon als Kind und Jüngling gekämpft und gelitten haben.“ Phinchen kniet nieder.

„Brauchst nicht zu knien vor mir. Ach nein, vor mir braucht kein Mensch zu knien.“ Und er steht im großen Saale, beherrscht die Kraft in Blick und Miene, begrüßt seine Bewunderer ohne Herablassung und Hochmut.

Katharina, schneeweiß, schreitet im Tunnel vorüber, auf die schneeweiße Gruppe der Genossen zu. Des hockenden Kopfes wieder zwischen die Schultern, tief auf die Brust.

Das Klappern der Schienen war vernehmlicher geworden. Die Luft im Tunnel zitterte leise. Jürgen schluchzte. Warme Tränen rollten.

Die Schienen sangen lauter und stählern. Ganz plötzlich bebte der Tunnel so stark, daß Wassertropfen von der Decke fielen. Einer patzte kalt auf Jürgens Hand.

Er horchte in sekundlichem Entsetzen auf das rapid stärker werdende Geräusch, sprang auf.
Da knallte der Donnerschlag in den Tunnel. Der ganze

Berg wankte. Die glänzenden Schienen wurden zu roten Fühlern eines Riesentieres, die Fühler wurden immer länger, strahlten laufend auf Jürgen zu.

Er rannte ihnen entgegen, den Ausgang zu gewinnen. Ein ungeheurer Tumult erfüllte zerföhrenlich den Tunnel, ungestohnte Jürgen und zwang ihn, stehenzubleiben. . . . Bin ich verloren?“

Die Lokomotive trachte auf ihn los.
Jürgen fühlte, wie seine Haare weiß wurden, gab sich auf und starb.

Unabänderlich donnerte der Zug auf seiner vorgeschriebenen Bahn weiter. Das Geräusch wurde mit einem Schlage hell.

Noch eine Weile sangen die Schienen. Sandkörnerchen fielen in die betäubte Stille.

Ein Mensch lag im Tunnel auf dem Gesicht. Für ihn hatte sich zwischen Leben und Tod ein Drittes eingeschoben, das nicht Leben war und nicht Tod.

Jürgen war bei vollem Bewußtsein und wußte dabei nicht, ob er noch existierte. Seine Augen starrten und erblickten nichts. Der Angstgedanke: „Wenn ich jetzt schreie und höre meinen Schrei nicht, bin ich tot.“ verbot ihm zu schreien.

In dieses zeit-, raum- und vorstellungslose Nichts hinein erklang, da Jürgen als einziges erdhafes Ding plötzlich das rote Tunnelämpchen erblickte, sein tierisch wider Schrei nach dem Leben.

Von den Flammen des Lebens emporgerissen, drehte er sich, den Ausgang zu gewinnen, einigemal im Kreise und begann schreiend zu rennen, in gieriger Sehnsucht nach dem wilden Kufbaum, der beim Tunnelingang stand.

Galoppierte in rasendem Tempo die Dunkelheit hinter sich und hinein in eine fremde Gegend: Er war auf der anderen Seite des Tunnels herausgekommen. In der Höhe stand still die zerfallende Burgruine, Erker vornübergeneigt, als müsse er jeden Augenblick stürzen.

Jürgen blickte in das schwarze Tunnelloch zurück, klopfte dabei automatisch den Kohlenstaub von seinem Anzug, strich sich über die Haare. „Sie werden weiß geworden sein. . . . Daran wird Katharina erkennen, wie ich gekämpft und gelitten habe. Möge sie nur leben, wie sehr!“

Blickte noch einmal hinein in den Tunnel. „Entronnen!“ sagte er. „Entronnen!“ Und wandte sich um. Da war die Welt, fern und nah. Sonne, Blau, Grün und Fluß.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung. (1913/14 = 1)

7. Januar	1,13
14. "	1,11
21. "	1,08
28. "	1,06
4. Februar	1,04
11. "	1,03
18. "	1,04
25. "	1,05
3. März	1,06

Steigerung gegenüber der Vorwoche 1 Proz.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat auch in der letzten Woche angehalten. Seit ihrem Tiefstand am 11. Februar ist bereits wieder eine Verteuerung des wichtigsten Lebensunterhaltes um 3 Proz. zu verzeichnen. Mit der Heraushebung der Mieten wird sich diese Bewegung verschärfen fortsetzen.

Für den Durchschnitt des Monats Februar beträgt die Reichsindexziffer das 1,046-fache gegenüber dem 1,106-fachen im Durchschnitt des Monats Januar. Das entspricht einer Abnahme um 5,5 Proz. Die Ernährungsindexziffer allein betragen im Durchschnitt Februar das 1,176-fache der Vorkriegsziffer.

Die Großhandelspreise unverändert.

Die auf den Sonntag des 4. März berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 26. Februar (118,0) mit 118,7 fast unverändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 104,1 (Vormonat 103,5), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 83,4 (82,8), Industriestoffe 145,9 (145,2), davon die Gruppe Rohöl und Eisen 137,4 (137,3), Inlandswaren 106,8 (106,1), Einfuhrwaren 178,2 (177,7).

Im Monatsdurchschnitt Februar ergibt sich ein Rückgang der Großhandelsindexziffer von 117,8 im Durchschnitt Januar um 0,9 Proz. auf 116,2.

Eine Großbank unter Kreditpötte wegen Devisenspekulation.

Wegen Verschönerungen bei Devisengeschäften hat die Reichsbank einer Berliner Großbank und ihren Zweigniederlassungen in der Provinz den Kreditverkehr mit der Reichsbank bis auf weiteres gesperrt. Auch in diesem Fall wurden die Vorkommnisse mit Eigenmächtigkeiten und Mißverständnissen von Angestellten usw. der beteiligten Bank zu entschuldigen versucht. Die Reichsbank muß sich aber wegen der außerordentlichen Bedeutung, die den Devisengeschäften mit Rücksicht auf die Währungsfragen zuzuschreiben ist, auf den Standpunkt stellen, daß es unbedingte Pflicht der verantwortlichen Leiter einer Bank ist, für genügende Kontrolle der mit der Abwicklung dieser Geschäfte betrauten Angestellten usw. zu sorgen.

Die Reichsbank tut nicht mehr als ihre Pflicht, wenn sie sich von den Ausschüßen der Devisenspekulation nicht irreleiten läßt, sondern diejenigen Firmen rücksichtslos belangt, in deren Geschäftsbereich die Mißbräuche vorkommen. Sie darf dabei vor den Großbanken nicht halt machen. Wäre sie so verfahren, ehe die Papiermarkt den Todesstoß erhielt — damals war von derartigen Mißbräuchen kaum etwas zu hören —, so hätte die Markttatroppe, wenn auch nicht vermieden, so doch aufgehalten werden können.

Regierung und Häutepreise.

In unserer Nr. 93 vom 24. Februar veröffentlichten wir eine Beschwerde darüber, daß die Preise für Häute und Leder über die Weltmarktpreise hinaus gestiegen seien. Im Anschluß daran wurde ein Eingreifen der Reichsregierung gegen diese Verteuerung des Schuhwerkes gefordert, die selbst nach dem Urteile bürgerlicher Blätter künstlich auf den Häuteauktionen herbeigeführt war. Auf diese Beschwerde kommt nun von amtlicher Stelle folgende Antwort:

In letzter Zeit ist in der Presse wiederholt das Eingreifen der Regierung verlangt worden, weil die inländischen Häutepreise bis 50 Proz. über die ausländischen gestiegen seien. Zur Abstellung dieser Verteuerung wird u. a. gefordert, daß der von der Reichsregierung im Sommer 1923 ausgearbeitete Entwurf zur Regelung der Häuteauktionen unerbittlich nach Zustimmung des Reichsrats in Kraft gesetzt wird.

Diese Regelung dürfte jedoch ohne Belang auf die Marktlage der Auktionen sein, da das Verhältnis zwischen ausländischen und inländischen Preisen auf dem Verordnungswege nicht zu regeln ist. Die Preisbildung auf den Auktionen ist bereits öffentlich. Ein Uebersteigen der Auslandspreise ist regelmäßig nicht möglich, da die Käufer nicht höhere Preise als die für eingeführte Häute und Felle anlegen können. Es werden etwa zwei Drittel des Bedarfs aus dem Ausland eingeführt.

Den Anlaß zu dem Entwurf der Reichsregierung gaben die unbedingten Zurückziehungen und Spekulationskäufe, die hauptsächlich mit der Geldentwertung zusammenhängen. Der Entwurf sah die amtliche Ueberwachung der Auktionen vor. Nach der Stabilisierung der Währung haben zwei von den beteiligten Verbänden, der Häuteverwertungsverband und der Gerberverband, einen Vertrag geschlossen, durch den sie sich auf der Grundlage der Forderungen des Entwurfs zur Ueberwachung der Auktionen durch Kontrollorgane der Verbände verpflichteten. Zurzeit schwebt weitere Verhandlungen wegen Mitwirkung des beteiligten Händlerverbandes bei der Kontrolle. Ein endgültiger Bericht auf die amtliche Ueberwachung, der bei dem Personalabbau wünschenswert wäre, dürfte in Betracht kommen, wenn der Ring der Mitwirkung der Verbände geschlossen würde, die als Kaufparteien an der Verhinderung der Mißstände am meisten interessiert sind. Wenn auch die Mißstände seit der Stabilisierung der Währung an Bedeutung abgenommen haben, so wird die Entscheidung der Reichsregierung auch davon abhängig sein, ob die Ueberwachung durch Verbandsfachverständige einen vollen Erfolg für die amtliche Ueberwachung bietet.

Die Behauptung, daß die ausländischen Preise für Häute und Felle über Weltmarktständen, tritt fast bei jeder Steigerung der Preise auf. Der Vergleich der Auslands- und Inlandspreise gestaltet sich jedoch schwierig, da die Gewichtsseinheiten, Qualitäten, Sortimente, Salzung und Ergiebigkeit der Häute ver-

schieden sind. Die deutschen Häute und Felle liefern bessere Lederqualitäten und sind ergiebiger, weil sie ohne Huße und Klauen abgeschachtet sind.

In Amerika, dem Zentrum der Preisbildung, sind die Preise seit Anfang 1924 bis 40 Proz. gestiegen. Man notierte je englisches Pfund in Cents:

	Dezember 1923	Februar 1924
Texas Ochsenhäute	12 1/4	13 1/4
Südamer. frigiditas	7	10
Santa Fé camp	8,75	5 1/2

Auf der Berliner Auktion notierte man z. B. je deutsches Pfund in Pfennigen:

	9. 10. 1923	8. 1. 1924	80. 1.	19. 2.
Südamer. Häute m. Kopf	84	70,5	84	90—90,2
degl. 50—59	78,6	67,75	76,1	89,5
60—79	70,7	68—69,75	69,75	65,1
80 Pf. u. mehr	76,9	65,8—67,5	68,6—69,9	63,2—70

Die Erwiderung gibt die Gefahren für die Preisbildung am Häutemarkt infolgedessen zu, als sie ausdrücklich erklärt, man könne vorläufig, nämlich ehe ausreichende Erfahrungen mit der privaten Kontrolle der Auktionen vorliegen, auf das amtliche Kontrollrecht nicht verzichten. Der Vergleich der amerikanischen und der deutschen Häutepreise zeigt allerdings, daß eine anormale, ohne Rücksicht auf die Weltmarktlage herbeigeführte Verteuerung der Häute in der fraglichen Zeit nicht vorlag.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ spiegelt sich die Zunahme der industriellen Beschäftigung am Anfang dieses Jahres auch in einer wesentlich günstigeren Lage des Arbeitsmarktes.

Die Arbeitsmarktlage zeigt bei fast allen Statistiken übereinstimmend Anzeichen einer unerkennbaren Besserung. Vor allem kommt diese in denjenigen Gewerbebezügen zum Ausdruck, die dem unmittelbaren Konsum des inländischen Verbraucherpublikums dienen, wie Bekleidungs- und Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Sie erklärt sich durch die Wirkung der Währungsstabilisierung und der gleichzeitig eingetretenen Preisfaltung. In den weniger für den unmittelbaren Verbrauch des Inlands, sondern mehr für die Ausfuhr arbeitenden Betrieben namentlich der Großindustrie scheint dagegen Kreditknappheit und geminderte Ausführungsmöglichkeit eine ungünstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausgeübt zu haben.

Die Krankenkassenstatistik ergibt auf Grund der monatlichen Mitgliederbestandsmeldungen der Krankenkassen auch für den Januar eine Abnahme der Versicherungspflichtigen, d. h. der in Beschäftigung stehenden Mitglieder. Bei den 4062 Kassen, von denen Meldungen vorliegen, fiel die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder von 9 321 949 am 1. Januar auf 9 176 280 am 1. Februar 1924, mithin um 145 669 oder 1,6 Proz. (Vormonat 3,1 Proz.).

Die Statistik der Arbeitslosigkeit in den Arbeiter-Vereinigungen läßt ebenfalls seit August vorigen Jahres eine Besserung erkennen. Am 26. Januar wurden in den 36 berichtenden Verbänden 4 365 182 Mitglieder durch die Berichterstattung erfasst und unter diesen 1 588 586 Arbeitslos gezählt; das entspricht einem Hundertsatz von 26,5 (gegen 28,2 im Vormonat).

Die Kurzarbeit hat weiter abgenommen, sowohl an Zahl der Fälle wie an Arbeitszeitaussfall. Von der Berichterstattung wurden in 32 Verbänden 3,8 Millionen Mitglieder erfasst, von denen 1 155 400 oder 29,9 Proz. mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt waren (im Vormonat 42,0 Proz.).

Die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge hat nach den statistischen Meldungen seit dem 15. Januar einen stetigen Rückgang aufzuweisen. Es wurden an Volkserwerbslosen unterstellt am 15. Januar 1 582 832, am 1. Februar 1 430 833, am 15. Februar 1 302 270 Personen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug am 15. Januar 635 839, am 15. Februar 257 840. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen sank von 1 879 197 am 15. Januar auf 1 474 585 am 15. Februar.

Die Arbeitsnachweisstatistik läßt eine Besserung vor allem des Stellenangebots erkennen. Die Zahl der offenen Stellen hob sich von 274 127 im Dezember auf 387 007 im Januar d. h. um 41 Proz., und ähnlich die Zahl der Vermittlungen von 225 014 im Dezember auf 324 140 im Januar, d. h. um 44 Proz. Bei der Zahl der Arbeitsgesuche ist zu berücksichtigen, daß die Meldungen aus dem Rheinland stillig, auf Westfalen und Hannover zu einem erheblichen Teil ausgeblieben sind. Auch dem vorläufigen Er-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittspreis in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose	16,70—17,25	Röstgetreide, lose	16,00—18,00
Gerstengraupen, lose	16,00—17,00	Kakao fettarm	100,00—12,00
Malerlöcher, lose	15,25—16,00	Kakao, leicht entölt	15,00—160,00
Malergrütze, lose	15,75—16,25	Tea, Souchoon, gepackt	342,00—350,00
Ro genmiehl 0/1	13,00—14,00	Tea, indischer, gepackt	425,00—435,00
Weizenmehl	18,00—18,50	Inlandszucker basis mel.	40,— 42,00
Margarin	22,00—23,50	Inlandszucker Raffinade	47,50—49,00
70% Weizenmehl	14,75—16,00	Zucker Würfel	46,00—48,00
Weizen-Auszugmehl	17,00—1,00	Kunsthonig	40,— 45,00
Speiseerbsen, Viktoria	19,75—22,00	Zucherschup hell in Elm.	49,00—
Speiseerbsen, Könige	14,00—17,00	Speiseerbsen dunk. in Elm.	33,00—35,00
Bohnen, weiße, Perl	20,25—24,00	Marmelade Eintr. Erdb.	108,00—120,00
Langbohnen, handverlesen	3,00—31,00	Marmelade Vierfrucht	23,00—35,00
Linsen, kleine	26,00—33,00	Pflaumenmus in Elmer	66,00—70,00
Linsen, mittel	26,50—40,00	Stensalz, lose	3,70—4,00
Linsen, große	40,15—45,00	Siedesalz, lose	4,50—5,20
Kartoffelmehl	16,8—18,00	Bratenschnitz in Tierces	65,00—
Makkaroni	40,00—45,00	Bratenschnitz in Kabein	70,00—
Schmittmehl	37,00—38,50	Purelard in Tierces	67,00—
Bruchreis	21,00—25,00	Purelard in Kisten	65,00—69,00
Raneon Reis	15,50—17,50	Speisetalg in Packung	45,00—57,00
Tafelreis, glasier., Patna	27,00—31,00	Speisetalg in Kabein	47,00—49,00
Tafelreis, Java	31,00—35,00	Margarine, Handelsm. I	55,00—
Risogalakt. amerik.	110,00—120,00	degl. II	58,00—52,00
Gerr Pflaumen 90/100	43,00—45,00	Margarine, Spezialm. I	76,00—
Pflaumen, entsteint	52,00—55,00	degl. II	68,00—65,00
Rosinen in Kisten, Candia	75,00—90,00	Molkereibutter i. Fässern	216,00—
Sultaninen Caraburnu	85,00—90,00	Molkereibutter in Pack.	222,00—
Korinthen, choice	80,00—85,00	Landbutter in Fässern	185,00—
Mandeln, süße Bari	145,00—160,00	Landbutter in Packungen	19,—
Mandeln, bittere Bari	130,00—150,00	Auslandbutter	216,00—222,00
Zimmt (Cassia)	110,00—120,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	35,00—36,00
Kümmel, holländischer	145,00—150,00	Speck, geräuchert, fett	63,00—66,00
Schwarzer Pfeffer pingap.	96,00—106,00	Quadratkase	45,00—50,00
Weißer Pfeffer	130,00—141,00	Quarkkase	35,00—50,00
Rohkaffee Brasil	17,00—200,00	Tilsiter Käse, vollfett	115,00—125,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—300,00	Tilsiter Käse, halbfett	50,00—60,00
Rohkaffee Brasil	225,00—270,00	Ausl. ungesüß. Condens-	
Rohkaffee Zentralam.	315,00—400,00	milch 4 1/2	23,00—25,00
Malkaffee, gepackt	23,00—25,00	Indische degl. 4 1/2	19,00—20,00
		Ind. gez. Condensm. 4 1/2	28,50—29,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

gebnis der Statistik sank die Zahl der Arbeitsgesuche von 2,58 Millionen im Dezember auf 2,38 Millionen im Januar. Unter Einlegung der noch fehlenden Meldungen wird die Zahl der Arbeitsgesuche im Januar 1924 vermutlich etwas höher als im Dezember 1923 sein. Die vorläufige Gesamtziffer stellte sich auf 814 Arbeitsgesuche für je 100 offene Stellen; bei Trennung beider Geschlechter kamen auf dem Arbeitsmarkt für männliche Arbeitskräfte je 871 (im Vormonat 1282) Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen, auf dem für Frauen 301 (im Vormonat 485). Von je 100 Arbeitsgesuchen führten rund 14 (im Vormonat rund 9) zu einer Vermittlung, von je 100 offenen Stellen wurden rund 84 (im Vormonat 82) besetzt.

Die Anzeichen einer Besserung dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, daß im Januar die Wirkungen der Krise noch geradezu ungeheuer schwer am Arbeitsmarkt lasteten. Wenn von 100 Arbeitern immer noch 55 arbeitslos oder auf Kurzarbeit gesetzt sind, wenn auf jede offene Stelle je 9 männliche oder 3 weibliche Bewerber kommen, so sind die Verhältnisse am Arbeitsmarkt noch durchaus anormal. Auch jetzt sind trotz unbestreitbarer Besserung der Gesamt-lage Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in vielen Gewerbe-zweigen weit verbreitet.

Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte.

Nach den Berechnungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer weisen die Preise für landwirtschaftliche Produkte in der zweiten Februarhälfte gegenüber der ersten Februarhälfte eine nicht unwesentliche Steigerung auf. Die Indizes veränderten sich für

	1.—15. Februar	15.—29. Februar
Woggen	81	84
Kartoffeln	80	85
Milch	129	141
Butter	185	141
Eiweiß	68	69
Schweine	93	100

Die Ercheinung wirkte sich auch im Kleinhandel aus. J. B. fiel der Index für Roggenmehl von 100 auf 109, für Kartoffeln von 113 auf 120, für Milch von 143 auf 150, für Butter von 154 auf 191, für Margarine von 70 auf 87, für Rindfleisch von 90 auf 101 und für Schweinefleisch von 145 auf 165. Roggenmehl und Rindfleisch, die einige Zeit unter dem Friedenspreis lagen, sind somit jetzt wieder teurer als vor dem Kriege. Ganz wesentlich teurer sind Kartoffeln (4,20 gegen 3,50 M.), Milch (0,33 gegen 0,22), Butter (2,67 gegen 1,40) und Schweinefleisch (0,75 gegen 1,24).

Die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel haben in der zweiten Februarhälfte keine Veränderung erfahren. Die Indizes für Kohlen, Eisen, Kalk, Gekörte und Schuhe haben sich nicht verändert. Eine wesentliche Steigerung weist nur der Index für Seiler- und Webwaren auf (von 119 auf 170), dagegen erfährt der Index für kleinere Maschinen und Geräte eine Abschwächung.

Spernung der russischen Getreideausfuhr.

Rußland hat im vorigen Jahre den Getreideexport zugelassen, um die Kaufkraft seiner Landwirtschaft zu heben; Zweck der Maßnahme war, höhere Getreidepreise herbeizuführen und zugleich mit der Stärkung der bäuerlichen Kaufkraft den Absatz seiner Industrie zu beleben, die bislang gänzlich gestockt hatte. Bereits jetzt sieht die Sowjetregierung aber sich genötigt, die Spernung einer Getreideausfuhr anzukündigen. Der Grund für dieses Vorhaben liegt nach dem Ost-Expres neben der durch die allzu hohen Geschäftskosten bedingten Unrentabilität der Ausfuhr in dem letzten erfolgten scharfen Anziehen der Getreidepreise, das die Regierung nötig, die zur Verfügung stehenden Vorräte zur Sicherstellung der Ernährung der städtischen Bevölkerung zu verwenden. In einer Reihe von konsumierenden Gouvernements macht sich bereits eine Knappheit bemerkbar, die von dem Zustand einer Hungersnot nicht mehr weit entfernt ist.

Die durch das Steigen der Getreidepreise bedingte Zunahme der bäuerlichen Kaufkraft drückt sich in einer starken Belebung des Ab-satzes industrieller Erzeugnisse aus, so daß die Absatzkrise der Industrie zum großen Teil als überwunden angesehen werden kann. Dagegen droht eine neue volkswirtschaftliche Krise, da die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter-schaft, mit der Preisentwertung auf dem Getreidemarkt nicht Schritt zu halten vermag, so daß die Regierung sich zur Einschränkung der Ausfuhr und Festsetzung von Lebensmittelpreisgrenzen gezwungen gesehen hat.

Die Stilllegung der russischen Getreideausfuhr soll in der Weise erfolgen, daß zunächst keine weiteren Getreidemengen für den Export bereitgestellt werden, während die in den Häfen befindlichen Partien noch zur Ausfuhr gelangen.

Weitere Zunahme des Mehlbedarfes in Leipzig. Am gestrigen Mittwoch setzte sich das Mehlgeschäft und der Mehlverkehr lebhaft fort. Die Verkaufszahl dieser Präparatmenge hat bereits die Zahl ähnlicher früheren Wochen überholt und war schon am Dienstag auf mindestens 150 000 zu veranschlagen. Unter den Besuchern sind die Ausländer außergewöhnlich stark vertreten.

Zum Zollabkommen der deutschen Industrie mit der Union. Die deutsche Industrie in Rheinland und Westfalen hat mit der Union ein Abkommen getroffen, nach dem sich die Ein- und Ausfuhrzölle bedeutend ermäßigen. Die Ausfuhr beträgt jetzt durchschnittlich 1 Proz. gegen 5 bis 10 Proz. vor der Revisionierung des alten Abkommens. Außer dem Zoll wird allerdings noch eine Umsatzsteuer von 2 Proz. erhoben.



Mofasan

M. SCHULMEISTER

Hochbahnstation Kottbuser Tor

Einssegnungs-Anzüge

von Um. 20,- bis 48,-

Prüfungs-Anzüge

von Um. 17,- an



A. BATSCHARI

CIGARETTEN

Vom Qualitätstraucher immer wieder bevorzugt

Sozialdemokratische Erklärung im Reichstag.

Breitscheid: „Wir stehen zu unseren Anträgen und nehmen jede Konsequenz auf uns!“

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Mittwochsitzung des Reichstages gab Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) eine Erklärung ab: In der Sitzung am 29. Februar löste der Abgeordnete Wulle durch Abweisung seiner schweren Angriffe auf den Reichsaussenminister vor allem bei der Deutschen Volkspartei eine außergewöhnliche Entrüstung aus, die sich durch eine Reihe scharfer Zurufe äußerte. Von mir fiel der Ruf: „Hochverräter!“ Ich konnte nicht erwarten, daß diese Kennzeichnung bei Herrn Wulle und seinen politischen Freunden, welche sich seit langer Zeit des öffentlichen Bekenntnisses zu hochverräterischen Absichten und Antrieben nicht scheuen, besonderes Mißfallen erwecken würde. Am 1. März nachmittags suchte mich in den Räumen des Reichstages im Auftrage der drei deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe, Hennin und Wulle ein Herr auf und ersuchte mich, die Äußerung zurückzunehmen. Ich prüferte meine Stellung dahin, daß ich für Äußerungen in der Parlamentsführung mich außerhalb des Parlaments nicht zur Rechenschaft ziehen lasse, jedoch bereit sei, meine Äußerung außerhalb des Reichstages zu wiederholen, um vor Gericht ihre Wahrheit zu beweisen. Die Zurücknahme der Bezeichnung „Hochverräter“ für die drei Herren lehnte ich ab. Darauf überbrachte mir der Herr für jeden der drei deutschvölkischen Abgeordneten eine Forderung auf „Bistole bis zur Kampfunfähigkeit“. Ich lehnte diese Forderung ab, da sich nicht mit Bistolen, sondern nur mit Beweisen entscheiden läßt, ob die drei Abgeordneten des Hochverrats schuldig sind oder nicht; für den Austrag von Streitigkeiten sachlicher Art kommen für mich außerdem nur gesetzliche Wege in Betracht. Von dem terroristischen Versuch, die Kritik in diesem Hause durch die Bedrohung mit einer Serie von Bistolenforderungen zu unterdrücken, gebe ich dem Hause und der Öffentlichkeit Kenntnis, und erhebe Protest gegen einen derartigen Eingriff in die verfassungsmäßige Immunität, der von Abgeordneten ausgeht, die dauernd die Rechte der Immunität für sich selbst in Anspruch nehmen.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk.): Ich lehne es ab, mich mit Herrn Dr. Cremer, der als Hauptmann auch die Disziplinenuniform getragen hat (Rufe: Weh! Weh!), über Ehrenhändel und keine Auffassung von solchen auseinanderzusetzen. Dazu wird sich vielleicht eine andere Gelegenheit finden. (Unruhe, Zurufe: Erzberger! Rathenau!)

Ein Antrag des Abg. Heilmann (Komm.), mit der politischen Aussprache einen kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Abtreibungsparagrafen zu verbinden, scheitert an dem Widerspruch der Rechten.

Bei der Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache erhält das Wort

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.):

Es ist immerhin bezeichnend, daß die drei völkischen Abgeordneten hier den Vorwurf des Hochverrats anders entgegennehmen als ihre Gesinnungsfreunde in München, die sich zunächst dazu bekennen. Wenn die Methode allgemein eingeführt wird, solche Vorwürfe mit dem Schimpfwort zu widerlegen, dann kann Herr Emminger seinen Justizabbau noch viel weiter treiben. (Heiterkeit.) Allerdings verleihe ich nicht, daß Herr Wulle und seine Freunde ihre stolze Person so leichtfertig aus Spiel legen, wodurch das Vaterland in Gefahr kommt, wertvolle Kräfte für den Wiederaufbau zu verlieren.

Die Rede des Reichsanwalters konnte nur so aufgefaßt werden, daß er schon eine gründliche Beratung von Abänderungsanträgen als eine Gefährdung der Währung betrachtet und daß es daher zweckmäßiger sei, den Reichstag nach Hause zu schicken. Wie können wir aber in unserer sachlichen Selbstanalyse nicht befehlen lassen. Ich möchte beinahe vermuten, daß für manche Mitglieder der Regierung die Belegenheit zur Ausübung unter dem Eindruck der Wahlen in Thüringen und Mecklenburg besonders günstig erscheint. Sind die Abänderungsanträge der Regierungsparteien nur ein Schauergericht für die Wähler? Wir bestreiten entschieden, daß unsere Anträge neuartig sind, die Stabilität der Rentenmark zu erschüttern. Die Deutschnationalen, die jetzt heifisch als Väter der Rentenmark und Retter des Vaterlandes weisen, haben bei ihrer Einführung die Verantwortung abgewandt. Das Verdienst für die Rentenmark hat der Reichsfinanzminister der damaligen Regierung zugeschrieben, und das war die Regierung der großen Koalition mit unserem Freund Hilferding als Finanzminister. Damals hat Herr Hefferich den Gedanken der Roggenmark vertreten, über deren Standhaftigkeit man sich ein Bild machen kann, wenn man das Schwanken des Roggenpreises in den letzten Monaten betrachtet. Von unserer Seite wird nichts gesehen, die Stabilität der Währung, an der die Arbeitermassen das größte Interesse haben, zu erschüttern. Aber im deutschnationalen Lager gibt es auch noch andere Vorwürfe zur Subtilisierung der Rentenmark. Im Verwaltungsrat der Rentenbank hat der Schwertragsordnerer Willger unangenehm ein sehr einfaches Mittel vorgebracht: Wer an der Spitze der Rentenmark zweifelt, den muß man stundenlang in die Presse schlagen (Heiterkeit). Das ist schmerzhaft und einfach. Damit sind alle Beratungen finanz- und währungsrechtlicher sowie währungsrechtlicher Sachverhalte überflüssig. Der Reichsanwalt bezeichnet die Beratungen auch nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes als unantastbar, und sieht darin den Sinn der Demokratie.

Nicht Auffassung von Demokratie, auf einen parlamentarischen Reichstagsbeschluss eine Diktatur zu errichten, die zellulose weit über den Ablauf des beschlossenen Gesetzes hinausgeht, scheint mir höchst formalistisch zu sein.

Sein Kollege, der Lehrer des Staatsrechts, Liebel, vertritt in der „Juristenzeitung“ die entgegengelegte Auffassung. Die Demokratie des Reichsanwalters Marx erinnert daran, was Graf Westarp unter Demokratie versteht: Er will eine Regierung, gestützt auf die Berufsstände der Landwirtschaft, der Industrie und der nationalen Arbeiterschaft, eine Regierung mit parlamentarischen Vollmachten, unabhängig von Arbeit und Parlament. Inlessen Abänderungsanträge zu den Beratungen betrachten wir nicht als Schauergericht für die Wähler, wie verlangt in im Gegensatz zu den anderen Parteien, daß unsere Anträge sachlich hier verhandelt werden. Wir stehen zu unseren Anträgen, ganz ohne Rücksicht darauf, wie die Regierung sich dazu verhält.

Wir stehen zu unseren Anträgen und werden jede Konsequenz auf uns nehmen, die die Regierung aus dieser unserer Haltung zu ziehen für gut befindet.

Die Behauptung des Reichsarbeitsministers, daß die Vertreter der Spitzenorganisationen eine Verordnung über die Arbeitszeit verlangt hätten, ist unrichtig. Die Gewerkschaftsvertreter stellen seinerzeit lediglich Abänderungsanträge zu einem dem Reichstag vorgelegten Regierungsentwurf. Demals hat der Minister die Erfüllung der vorerwähnten Wünsche zugesagt, die Zusage ist jedoch nur zum Teil erfüllt worden. Wir stehen selbstverständlich nach wie vor zu dem Grundgedanken des Achtstundentages, den die Arbeitgeber aufs bestmögliche anfeinden, ohne daß die Anhänger des Achtstundentages bei dem Ministerium für Sozialpolitik irgendeine Unterstützung und irgendeinen Rückhalt finden. Die Forderung des Achtstundentages ist für uns nicht nur volkswirtschaftlich berechtigt. Wir verlangen daher von der Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkom-

mens, das auch gewisse Abweichungen und Ausnahmefälle vorsieht. Die Regierung erklärt, daß in Deutschland zum Wiederaufbau und für die Reparationsforderungen länger als acht Stunden gearbeitet werden muß. Bedenkt man nicht, daß die auf dem Weltmarkt konkurrierenden Länder ihrerseits den Achtstundentag dann auch nicht aufrechterhalten, und daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in keiner Weise gehoben wird?

Den Zusammenhang zwischen Reparationen und Arbeitszeit erkennen wir an. Aber es wäre durchaus verfehlt, wenn man jetzt, wo eine positive Lösung des Reparationsproblems nähergerückt scheint, wiederum versucht, die Hauptlast den breiten Massen aufzuladen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Arbeiterschaft hat in den vergangenen Jahren schon am meisten gelitten, gezahlt und ausgehalten! Es handelt sich aber gar nicht um die Arbeitszeit.

Was wir erleben, ist die soziale Revolution auf der ganzen Linie, ist der Kampf gegen die Arbeitslöhne, um die Tarifverträge, gegen die deutsche Sozialpolitik überhaupt. Die Arbeiterschaft kämpft bereits nicht mehr um die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften, sondern um Dinge, die sie vor dem Kriege längst erobert zu haben glaubte.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht der Weg zur Wiederherstellung des Exports und zur Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft, wenn man die Löhne vergrößert und die Arbeitszeit verlängert! Unsere Wirtschaft leidet an der geringen Kaufkraft des inneren Marktes. Man weist auf die Zustände in England hin, spricht vom größeren nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl dort. Alles zugegeben! Für uns ist der Klassenkampf, ist der Gegensatz der Klasseninteressen eine objektiv gegebene Tatsache, die wir nicht heraufbeschworen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Aber was wir jetzt sehen im Kampf der Schwerindustrie und des Unternehmertums gegen alle Rechte der Arbeiterschaft, das ist Klassenkampf, das ist der Klassenkampf von der anderen Seite. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie können von der Arbeiterschaft nicht verlangen, daß sie dasselbe nationale Zusammengehörigkeitsgefühl an den Tag legt wie die englischen Arbeiter, sondern den Handstreich aufnimmt, den man ihr zuwirft. Im englischen Dickerarbeiterstreik standen längst die Interessen der Arbeitnehmerschaft gegen die Reeder und Werftbesitzer. Aber die ganze Londoner City und das übrige Unternehmertum stellte sich auf die Seite der Dickerarbeiter, indem man zugab, daß man bei ihren Lohnverhältnissen das Leben nicht fristen könne. Wo haben wir etwas Derartiges in Deutschland erlebt? Wenn von den deutschen Unternehmern der Klassenkampf wie gegenwärtig betrieben wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft die notwendige Antwort gibt.

Dem Beamtenabbau hat man das Mäntelchen der Sparankett umgelegt. Große Verdachtsmomente sprechen aber dafür, daß auch konfessionelle und politische Ziele verfolgt werden, zumal mit dem Abbau drei Männer beauftragt sind, die von sozialistischen Ministern wegen Unzuverlässigkeit gegenüber der Republik abgetrennt wurden.

Was die Besoldung der Beamten angeht, so sind wir alle darüber einig, daß dieser Besoldungspolizist unmöglich aufrechterhalten werden kann. Diese Besoldung schießt die Gefahr der Korruption in sich. Der Artikel 48 der Reichsverfassung, dessen Vollendung durch ein Ausführungsgezet immer noch nicht gegeben ist, war die Basis für den militärischen Ausnahmezustand, der ursprünglich den Zweck haben sollte, vor allem in Bayern Ordnung zu schaffen, der aber nicht gegen Bayern, sondern in erster Linie gegen die Arbeiterschaft in Sachsen und Thüringen angewendet worden ist. Dieser Ausnahmezustand ist zum rückwärtslosten Vorgehen benutzt worden gegen alles, was im Verdacht des Kommunismus, des Sozialismus, ja einer wirklich republikanischen Gesinnung stand. Man hat das Militär wieder in eine politische Rolle hineingedrängt, obwohl wir wissen, daß, wenn Generale sich in die Politik einmengen, in 99 von 100 Fällen irgendeine lapidare Dummheit, wenn nicht mehr herauskommt. Diese Übergriffe richteten sich gegen Staatswesen, die jedenfalls des Hochverrats an der Republik nicht so verdächtig sind wie es Bayern gewesen ist und noch ist. Welches Bild der politischen und moralischen Verworfenheit enthält sich zurzeit im Prozeß in München! Dort lehnen die Angeklagten einen Verstoß gegen die Weimarer Verfassung ab, weil sie sie gar nicht anerkennen. Also können in Zukunft alle Diebe und Mörder sich dadurch verteidigen, daß sie das Strafgesetzbuch nicht anerkennen! Herr Böhm, Vizepräsident, Mitglied des Oberlandesgerichts, Hüter der Ordnung und der Justiz, erklärt ähnlich, daß er das Geschick des Hochverrats bereits seit fünf Jahren betreibt. Ausgerechnet General Ludendorff macht für den Zusammenbruch Deutschlands die Sozialisten, die Juden, die katholische Kirche und den Vatikan verantwortlich! Dabei ist nichts falscher als die Behauptung, der Vatikan habe franzosenfreundliche Politik während des Krieges getrieben!

Es wäre interessant zu erfahren, was an den Behauptungen der Angeklagten richtig ist, daß Verbindungen von München ins Reichswehrministerium geführt haben, daß die Reichswehrleitung von den Münchener Plänen gewußt hat. War der Reichsregierung bekannt, daß Herr v. Raft in die Pläne von Ludendorff und Hilfer eingeweiht gewesen ist? Hat die Reichsregierung jemals ernsthaft bezweifelt, daß die Pläne gegen das Reich in Bayern mit Wissen der Regierungsstellen geschmiedet worden sind? Wo war der Reichskommissar, den man nach Bayern geschickt hat?

In Thüringen hat der Reichskommissar lediglich ein paar unwichtige Akten ausgehändigt, er ist wirklich reif zum Abbau, nicht aber zur Übernahme der politischen Abteilung des Innenministeriums. Das Bild in München brauchte sich nicht vor uns abzurufen, wenn die Reichsregierung rechtlich den Entschluß gefaßt hätte, gegen Bayern vorzugehen. An Stelle des militärischen Ausnahmezustandes tritt jetzt der stolle, Bayern bleibt, wie es ist, da braucht das Reich keine Ordnung zu schaffen. Meine Fraktion sieht dem ähnlichen Ausnahmezustand ebenso ablehnend gegenüber wie dem militärischen. Ein Ausnahmezustand in der Hand des Herrn Dr. Jarres ist uns kaum weniger verdächtig als ein Ausnahmezustand in der Hand des Generals Seel. Im Briefwechsel zwischen General Seel und dem Reichspräsidenten war ausdrücklich gesagt, daß die Voraussetzung für eine weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes nicht mehr gegeben ist. Der Reichsanwalt hat sich seinerzeit auf denselben Standpunkt gestellt.

Warum wird jetzt nicht versucht, mit den verfassungsmäßigen Mitteln zu reagieren? Bei uns ist der Ausnahmezustand zur Regel und die Verfassung zur Ausnahme geworden.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hat die Regierung aus den Erfahrungen des Sozialistenkrieges nicht gelernt, daß durch Partei-verbote wie die der Deutschvölkischen und der kommunistischen Parteien diese nur gestärkt werden? Will die Regierung nicht versuchen, ob das deutsche Volk nicht reif ist für verfassungsmäßige regieren zu lassen? Wenn die Kommunisten allerdings Mobilisierungspläne usw. verbreiten, so halten wir das zwar für eine großen-

wahnsinnige Kinderrei, aber für andere ist es der Vorwand, zu Mitteln, wie den Ausnahmezustand zu greifen. Nach den Äußerungen auf dem Kommunistentag in Moskau planten die Kommunisten tatsächlich in Sachen eine gewalttätige Erhebung. Die Kommunisten mören es als Verrat bezeichnen, wenn wir das nicht mitmachen, wir sind der Meinung, daß auf diese Weise der Arbeiterschaft und der Republik nicht gedient wird und werden diesen Verrat auch fernerhin üben.

Wer soll eigentlich deutscher Botschafter in Konstantinopel werden? Wenn ich recht unterrichtet bin, denkt man an den früheren Außenminister Herrn v. Rosenberg. Da muß ich schon sagen, das auswärtige Amt sollte es sich nicht zum Ziele setzen, daß bei ihm gar nichts umkommen darf. Es muß einen merkwürdigen Eindruck machen, wenn ein Minister, der in einer schwierigen und gefährlichen Zeit so vollkommen versagt hat, nun zum Botschafter in Konstantinopel ernannt wird.

Die Spanen pfeifen es von den Dächern, daß der frühere Reichsanwalt Cuno der Auserkorene der deutschnationalen Partei für die Neubesetzung des Reichspräsidentenpostens ist. Nach den politischen Erfahrungen mit Herrn Cuno muß ich schon sagen, ein merkwürdiger Kandidat für den Reichspräsidentenposten!

Kritik an der Tätigkeit des Reichspräsidenten zu üben, steht jedem frei, da der Reichspräsident nicht unantastbar ist wie Wilhelm II. es war. Voraussetzung ist nur, daß man gleichzeitig den Schwierigkeiten des Amtes gerecht wird und daß diese Kritik nicht in dem Ratschewment geübt wird, wie es die kommunistischen Redner getan haben. Damit trümt man nicht die Ehre des Reichspräsidenten, sondern nur seine eigene.

Die optimistische Stimmung über die Außenpolitik, die in weiten Kreisen des Volkes und auch bei der Regierung Platz gegriffen hat, hat eine gewisse Berechtigung. In Frankreich kommt man allmählich zu der Überzeugung, daß das Ruhrabenteuer sich nicht bezahlt macht, auch in Belgien bereitet sich ein Stimmungsumschwung vor, und in England ist eine Arbeiterregierung aus Ruher gekommen. Wir begrüßen den Optimismus des Außenministers, und daß er hier im Reichstage den Willen zur Verständigung auf vernünftiger Basis zum Ausdruck gebracht hat. Der Außenminister sollte aber in seinen Reden, die er draußen im Lande hält, vorsichtiger sein; denn auch was er nur als Politiker spricht, birgt gewisse Gefahren in sich, wo er gleichzeitig den verantwortungsvollen Regierungsposten inne hat.

Rein parteipolitisch konstataren wir mit befriedigender Besriedigung, daß Henderson von der Revision des Friedensvertrages gesprochen hat.

Das beweist, wie gerade unsere Freunde im Auslande den Gedanken der Revision ernst nehmen. Es gibt Dinge, die ein Minister zu gegebener Zeit besser verschweigt. Denn für uns kann es nur zum Nachteil gereichen, wenn in diesem Augenblick ein Bruch zwischen England und Frankreich vollzogen würde. In der letzten Zeit sind beinahe jeden Tag neue Ricum-Verträge geschlossen worden. (Rufe: Dr. Hefferich! Erpreßt worden!) Herr Hefferich, es gab eine Zeit, wo Sie verurteilten: man unterschreibt nichts, was man nicht halten kann! Diese Verträge belasten die Ruhr- und Rheinindustrie viel schwerer als das Abkommen von Cannes ganz Deutschland belastet hat. (Sehr wahr! links.) Damals weiterte man gegen Rathenau, gegen die Erfüllungspolitik, jetzt treiben dieselben Leute diese Erfüllungspolitik. Wie können diese Ricum-Verträge überhaupt getragen werden? Durch den Versuch, die Lasten abzumägen, keine Steuern abzuführen, die Arbeiter länger arbeiten zu lassen, Preissteigerungen vorzunehmen. Diese Ricum-Verträge sind auf die Dauer unerträglich, wenn nicht für die Unternehmer, so für das Reich und für die Arbeiter, auf die man die Lasten abwälzt. Dabei treten wir dafür ein, daß an die Stelle dieser Verträge Verträge von Regierung zu Regierung treten, bei denen das gesamte Deutsche Reich zu den Reparationen herangezogen wird. Wir sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß ein langfristiges Moratorium gewährt werden muß.

Im kommenden Wahlkampf wird auch die auswärtige Politik, die Erfüllungspolitik, die Tatsache, daß Deutschland nie schwerer gelitten hat als in den Monaten, nachdem die Rechte mit der Erfüllungspolitik gedrohen hatte, eine große Rolle spielen.

Wir werden den Wahlkampf aber auch auf dem Gebiete der inneren Politik führen, gegen die Diktatur des Kabinetts Marx und gegen die soziale Reaktion.

Ludendorff sagte in München, der Marxismus könne nicht mit Gewalt, nur mit Ideen überlebt und überwunden werden. Wir warten auf die Ideen. Gegen Ludendorffs Gemütsregung können wir nicht mit Argumenten kämpfen. Aber wir sind bereit, uns mit den Ideen des Kapitalismus oder des Christentums auseinanderzusetzen. In diesem Kampfe um die Ideen können die Träger der sozialistischen Idee auch einmal eine Schlappe erleiden. Die Idee selbst wird siegen und bestehen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Regierung denkt nicht daran, die Markstabilisierung auf Kosten des Proletariats durchzuführen. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben die Arbeitszeitverordnung gewünscht, weil sie sich nach der Aufhebung der Demobilisierungsverordnung schützens und den mächtigen Arbeitgeberverbänden gegenüber nicht stark genug fühlten. Die gewerkschaftlichen Wünsche sind zum größten Teil erfüllt worden. Die Bestimmungen über die Ausnahmen von der normalen Arbeitszeit beruhen auf interkationellen Vereinbarungen bei der Bildung der neuen Regierung; die Sozialdemokraten haben dem auch zugestimmt.

Reichsinnenminister Dr. Jarres: Mit der Ersetzung des militärischen Ausnahmezustandes durch den zivilen sind die Zusagen des Reichsanwalters durchwegs erfüllt. Die restliche Befreiung des Ausnahmezustandes wäre nicht zu verantworten gewesen, nachdem aus dem ganzen Reichsgebiet, besonders aus Sachsen, dringende Vorstellungen erhoben wurden. (Zuruf links: Von welcher Seite?) Von sehr beachtlicher Seite. Der zivile Ausnahmezustand bringt wesentliche und fühlbare Milderungen. Er soll lediglich alle Bestrebungen abwehren, die eine geschwundene Veränderung der bestehenden Zustände bezwecken. Solche Bestrebungen bestehen namentlich (Rufe links: In Bayern!) auf linksradikaler Seite. Ich habe hier kommunistische Flugblätter, in denen zur Bildung illegaler Organisationen und zu bewaffneten Straßendemonstrationen aufgefordert wird. Bayern wurde von diesem Ausnahmezustand ausgenommen, weil in Bayern schon ein Ausnahmezustand besteht, der teilweise weit über den des Reichs hinausgeht. Von Bayern wird mit uns in engster, lokalster Weise zusammengearbeitet. (Lauter Geschrei links.) Würden ähnliche Zustände in anderen Ländern bestehen, dann würden wir auch ihnen das bawarische Vorrecht einräumen. (Beifall rechts. Geschrei links.)

Nach einer längeren Rede des Abg. Kaas (Z.), der sich vor allem gegen Ludendorff wendet, und einer persönlichen Bemerkung des Abg. Herz (DnL.), daß er niemals auf die Forderung verzichtet habe, den Versaillesvertrag als zerrissen zu erklären, wird die Weiterberatung abends 7½ Uhr auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Landesversicherung und Krankenkassen.

Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen wird uns geschrieben:

Der Abbau grassiert, und daß er nicht selbst abgebaut wird, dafür sorgt die Verwaltungsabbaufunktion unter der bewährten Führung des Herrn Gewalt. Jetzt hat sich die Abbaufunktion ein neues Tätigkeitsfeld ausersehen, die Sozialversicherung. Für eine Vereinfachung und Verbilligung der Arbeiterversicherung hat die Kommission Grundlinien ausgearbeitet, die, wenn sie durchgeführt würden, etwa das Ergebnis der abbaubaren Tätigkeit des bekannten Dichters im Porzellanladen haben müßten.

Nun ist an der Sozialversicherung sicher vieles reformbedürftig, und auch eine Verbilligung der Versicherung würde von den Versicherten und Arbeitgebern dankbar begrüßt werden. Von führenden Sozialpolitikern aller Richtungen wird eine Reform der Sozialversicherung schon seit Jahren gefordert. Wenn die Verwaltungsabbaufunktion wirklich praktische Vorschläge machen wollte, so wäre ihre die Mitarbeit der Fachleute sicher nicht verfehlt gewesen. Was aber in den „Grundlinien“ geboten wird, muß einen Sturm der Entrüstung bei Versicherten und Arbeitgebern erregen.

Der Ernst aus den Grundlinien ist dieser: Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wird aufgelöst, ihre Aufgaben den Landesversicherungsanstalten, den jetzigen Trägern der Invalidenversicherung, übertragen. Die Krankenkassen werden bezüglich zu einer Bezirksversicherungsanstalt zusammengeschlossen und als solche Hilfsorgane der Landesversicherungsanstalt. Die Berufsvereinigungen als Träger der Unfallversicherung bleiben bestehen, soweit sie leistungsfähig sind, im übrigen werden sie ebenfalls den Landesversicherungsanstalten angeschlossen. Die Landesversicherungsanstalten bleiben bestehen, nicht leistungsfähig werden mit anderen zusammengelegt. Die bisherige Selbstverwaltung, Versicherte und Arbeitgeber, die das Rückgrat besonders der Krankenkassen bildet, wird zerstückelt. Dafür werden Verwaltungskörperschaften errichtet, in denen Beamte den Vorsitz führen und Versicherte und Arbeitgeber eine Nebenrolle spielen. Die unabhängige Rechtsprechung durch die Versicherungs- und Oberversicherungsämter wird beseitigt und den neuen Verwaltungsorganen übertragen.

Was haben denn die Landesversicherungsanstalten geleistet, daß man ihnen diese Vorzugsstellung einräumt? Renten haben sie schon lange nicht mehr zahlen können, da mußte das Reich und die Gemeinden einspringen. Dafür haben sie einen ungeheuer schwerfälligen Verwaltungsapparat aufgebaut, mit Tausenden von Beamten, die unter Aufsicht aller Scharfrichter die Pfennigrenten berechnen. Der Rentenbescheid kostete allein mehr als die ganze Jahresrente ausmachte. Stillstehend nachweisbar haben die Verwaltungskosten der Landesversicherungsanstalten mehr verschlungen als die ganze Beitragseinnahme betrug. Und diesem Moloch will man die Krankenkassen opfern, die zwar auch nicht ungerupft der Selbstverwaltung entgangen sind, es aber doch, gestützt auf ihr Selbstverwaltungsrecht, verstanden haben, sich lebensfähig zu erhalten. Gerade das Selbstverwaltungsrecht scheint aber der Abbaufunktion der Dorn im Auge zu sein. Man möchte statt der freien Betätigung

der Versicherten und Arbeitgeber hier die gebundene durch geborene Beamte. Dagegen gibt es nur eins: Scharfsten Protest. Die Arbeiterschaft wird sich nicht die Rechte nehmen lassen, die ihr schon lange vor dem Kriege zugestanden waren, sie will selbst entscheiden über die von ihr aufzubringenden Mittel.

Erstlichensweise hat auch im Unternehmerlager der Entwurf schärfsten Widerspruch gefunden. Die Arbeitgeber denken gar nicht daran, auf die Selbstverwaltung zu verzichten. Das kam auch im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zum Ausdruck, wo Arbeitnehmer und Arbeitgeber einmütig den Entwurf ablehnten. Auch die Reichsregierung steht der Regelung nicht sympathisch gegenüber. Hoffentlich sorgt sie dafür, daß der Vorschlag möglichst bald beiseite gelegt wird.

Wie Württemberg abbaut.

Von unserem Stuttgarter Mitarbeiter wird uns geschrieben: Württemberg krankt an einer Ueberfülle von Verwaltungsbehörden. Nicht umsonst spricht man im Schwarzwald von einem „württembergischen Schreiberstaat“. Die Bezirkseinteilung des Staates stammt aus dem Jahre 1817, in dem er in 68 Oberämter zerlegt worden ist, von denen auch heute noch 64 leben. Die Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit und der Verkehrsnotwendigkeiten hat im Jahre 1911 zu dem Reformplan der Weizsäcker-Regierung geführt, durch die 20 Oberämter verschwinden sollten. Nachdem dann im Kriege der Aufgabenkreis naturgemäß mächtig zugenommen hatte, ist er im wesentlichen wieder auf dem Friedensstand angelangt, so sogar durch den Fortfall des sehr umfangreichen Militärsachgeschäfts und die Einschränkung der hauptsächlichen Befugnisse hinter ihn zurückgegangen. Trotzdem will die Staatsvereinfachungskommission nur 12 Oberämter aufheben.

Doch selbst diese beschriebene Verwaltungsreform ist durch die Demagogie der Rechtsparteien und die schwächliche Haltung der Regierung bedroht. Der allseitig als notwendig anerkannte Personalabbau würde den größten Teil seiner finanziellen Wirkung verlieren, wenn nicht eine Vereinfachung des Behördenapparates damit Hand in Hand ginge. Die Rechtsparteien wissen zwar gewaltig zu schimpfen über die unzulässige Aufblähung des Beamtenkörpers nach der Revolution, und besonders unsere Bauernbündler sind in veritablen Feindesbeamtentum ganz erfahrene Strategen, möchten aber gerne den Pantoffelgeist und die Kirchturmsinteressen der bedrohten Oberamtsstädte zu Wahlzwecken ausnützen. Wie immer, so hat auch hier das Zentrum die Reform abzubiegen. Der Innenminister Holz, der selbst in öffentlicher Rede die organisatorische und finanzielle Notwendigkeit der Verwaltungsvereinfachung betont hat, erklärt, „gegen den Willen des Volkes“ nichts machen zu können und zu wollen, trotzdem selbst die hohe Verwaltungsbureaucratie sich kürzlich auf einer Tagung für die notwendige Reform ausgesprochen hat. So besteht die große Gefahr, daß aus jammerrlicher Wahdemagogie der Bürgerlichen und aus Angstlichkeit der Regierung die notwendige Staatsvereinfachung unterbleibt. Damit aber würde der Personalabbau sehr gefährliche Konsequenzen zeitigen. Der Sozialdemokratie selbst wäre es gleich, ob die Regierung den Weg der Berordnung oder der Gesetzgebung zur

Lösung dieser Aufgabe beschreiten würde. Sie stellt ihre Posten auf sachliche Gründe ein, die auch in diesem Fall reiflos auf ihrer Seite sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Mitte. Wegen Erkennung des Genossen Rothmann (181) der Vorzug für die Funktionäre am Freitag, den 7. d. M., aus.
2. Kreis Tiergarten. Freitag 7 Uhr Geschäftsleitungsabstimmung, 8 Uhr erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Adler, Gullstraße 10.
3. Kreis Charlottenburg. Der Nebenausschuß des Genossen Crippen findet heute abend um 8 Uhr im Jugendheim Rosenstr. 4 statt.
4. Kreis Wilmersdorf. Karten zur Vorführung „1001 Nacht“ im Deutschen Opernhaus zum Sonnabend, den 8. März, sind zu haben beim Genossen Chom. Auguststr. 6.
5. Kreis Prenzlau. Freitag, den 7. März 7 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung an bekannter St. St.
6. Kreis, Kreisvorstandssitzung mit den Delegierten zum Bezirksrat am Freitag, den 7. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Räthel in Riederstraße, Brühlstr. 15. Die Abteilungsleiter müssen gleichfalls erscheinen.

Heute, Donnerstag, den 6. März:

1. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Morgen, Freitag, den 7. März:

1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Koch & Seeland
auffällig billige Preise

Herrenstoffe „Nadelstreifen“ in Blau, Schwarz, Grün, Braun . . . Mr. 6.-

Damenstoffe „Kaschmir“ für elegante Kleider usw. Mr. 3.-

Sternstr. 20/21 Segn. 1893

Besonders günstige Preisstellung für Frühjahrs- u. Sportkleidung

| | | | | | |
|---|------------------|---|-------------------|---|------------------|
| Ulster aus Grünselbst und gew. Hempen, modern verarbeitet M. 55, 50, 45 | 36 ⁰⁰ | Sportanzüge mit Breechbottom, assortiert, in guten Qualitäten M. 33 | 28 ⁰⁰ | Auto-Fahrhandschuhe mit Stulpen von M. | 15 ⁰⁰ |
| Ulster und Schüfter vollkündiger Maßarbeit, nach der neuesten Mode verarbeitet, aus sehr guten Stoffen jegl. Art und auch aus Covercoat, M. 100, 95, 90, 78 | 60 ⁰⁰ | Sportanzüge steifig, aus besten Hempen, Chert und Manchesterstoffen, in vielen schönen Farbentönen, erstklassige Verarbeitung M. 75, 60, 54, 48 | 42 ⁰⁰ | Reisedecken aus wolleigen, warmen Stoffen M. 30, 21, 14 | 13 ⁰⁰ |
| Paletots aus marango Cheviot von M. | 42 ⁰⁰ | Lodenjoppen in glatter u. Sportform, aus guten Lodenstoffen, in vielen Farben M. 22, 50, 18, 16 | 12 ⁹⁰ | Auto-Decke Marke „B.S.“, prima Qualität, mit besonderer weicher karierter Aluauis M. 50 | 48 ⁰⁰ |
| Sport-Paletots aus Covercoat, beste Verarbeitung, M. 90, 80, 75 | 65 ⁰⁰ | Wettermäntel in glatter u. Sportform, aus guten Lodenstoffen, in vielen Farben M. 22, 50, 18, 16 | 27 ⁰⁰ | Chauffeuranzüge mit Breechbottom, aus grauem Doffel, bestens verarbeitet M. 50 | 42 ⁰⁰ |
| Jackett-Anzüge in gewachstenen Stoffen, modern, auf Taille gearbeitet M. 58, 45 | 36 ⁰⁰ | Ruderjackets aus guten blauen Cheviot und Marine-tuch M. 50, 40 | 33 ⁰⁰ | Chauffurmäntel aus marango, blau, Cheviot u. Kammergarnstoff M. 55, 48, 44, 42, 39, 33, 29 | 65 ⁰⁰ |
| Jackett-Anzüge vollkündiger Maßarbeit, aus besten Stoffen, in reichhaltiger Auswahl und moderner Verarbeitung M. 100, 90, 80, 75 | 60 ⁰⁰ | Ruderhemd u. Ruderhose aus weißem Käper und Seide M. 13, 9 | 2 ⁰⁰ | Einsegnungsanzüge aus gutem Stoff, in weicher Ausmusterung und in moderner Verarbeitung M. 48, 42, 38, 33, 27 | 25 ⁰⁰ |
| Gummimäntel aus Batist, Käper und Double, in Covercoat- und Homspan - Schließform, je nach Qualität M. 64, 54, 46, 39, 36, 33, 25 | 18 ⁰⁰ | Ruder- u. Seglerhosen aus imprägnierten Stoffen, für Damen und Herren, in verschiedenen Formen M. 12, 9 | 7 ⁵⁰ | Prüfungsanzüge in sehr großer Auswahl und Form, jeglicher Art M. 39, 36, 33, 30, 24 | 22 ⁵⁰ |
| Gabardine-Mäntel modern verarbeitet von M. | 30 ⁰⁰ | Windjacken aus braunem Chromleder, tolle Sport-fantasie M. 175 | 16 ⁰⁰ | Knabenanzüge in elegantester Ausführung von M. | 17 ⁰⁰ |
| Herrenhosen aus gestreiften, kammerartigen und Kammergarnstoffen in reicher Musterauswahl, je nach Qualität M. 33, 25, 22, 18, 15, 13, 10, 8 | 6 ⁰⁰ | Lederjacken Leder-Breechhosen braunes Chromleder M. 125 | 100 ⁰⁰ | Sportwesten in weichen, modernen Farben von M. | 7 ⁰⁰ |
| Sportosen in Breechform, in vielen Qualitäten, aus Homspan, Cordelstoffen und Cheviot, sowie Manchester M. 24, 21, 18, 15, 12, 10, 7, 50 | 5 ⁰⁰ | Leder-Sportmäntel braun Chromleder, in mod. Form mit Lamsfutter, pa. Verarbeitung, M. 175 | 225 ⁰⁰ | Sporthemden aus vorzüglich glattem Stoff in angenehmer Krage, offen u. geschlossen zu tragen M. | 5 ⁰⁰ |
| | | Autokappen für Damen und Herren von M. | 13 ⁰⁰ | Pyjamas in elegantester Ausführung von M. | 12 ⁰⁰ |

Lieferant für behördlich zugelassene Droschken-Chauffeur-Anzüge / Vornehme Gesellschaftskleidung, Fracks, Smokings, Gehörcke und Cuts fertig am Lager

Der Versand nach außerhalb erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. 1 M, für Porto u. Verpackg. in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Baer Sohn A. G.

nur Chausseestraße 29-30

Livreen
für Behörden, Banken und industrielle Unternehmungen

Vorteilhafte Mabanfertigung
aus erstklassigen modernen Stoffen unter Leitung erprobter Meister

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Bohème
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Chicchi
Alte u. neue Tänze
Die rote Blume
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Journalisten
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Peer Gynt

Deutsch. Theater
7 1/2 Uhr: Danton's Tod
Kammerspiele
8 Uhr: Ingeborg
Theater i. d. Königsgrabenstr.
7.30 Uhr: Sommer-nachtstraum
Sonnab zum 1. Male
Von der Frau des Händl
Hofflich, Valentin, Ritt,
Meinung, Melancholi,
Deitschaft, Dietrich,
Hilfsbrand, Sileida

Komödienhaus
Johanna's letztes Abenteuer

Berliner Theater
7.30 Uhr: Das Weib im Parpur
Theater am Mollendorfsplatz
7.30: Zwei um Eine

Volksbühne
7 Uhr: Don Carlos
Lessing-Th.
7 1/2 Uhr: Was ihr wollt
Freit. 7 Peer Gynt
Deut. Künstler-Th.
Allabendl. 7 1/2
Senora
Komische Oper
Allabendl. 7 1/2
Die größte Revue des Kontinents:
Die Welt ohne Schleier
Trianon-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Die nackte Tänzerin
Lustsp. v. H. Lotnar
Casino-Th. 8 U.
Der neue Schläger
Die Mali vom Steinhof
Täglich 8 Uhr ein
ausgezeichnetes
VARIETE-Programm!

Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr: TOSCA
-Sok. Jenuw,
Gruvona, Farnina
Intimes Theater
1: Der Hladuprinz
Der Schrei usw.
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Marietta
Operette v. Kollo
Neues Theat. a. Zoo
7 1/2 Uhr:
LILLY FLOHR
in Lilla Tochter Otto
Neues Volkstheat.
8 U. D. Kinokönigin
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Frasquita
Cam-S. Jadiowker,
Martha Serak
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Das Radiomodel
Operette v. P. Weinet
Karl Rosenau, Edith Karle,
Jenny v. Kramm, Iva Dahan
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr:
Corina, Leuz,
Illing, Laitner,
Ritter
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr zum 1. Male
Der Diebestrank
Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Goldschmieds
Töchterlein

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Boris Godunow
Täglich
Kammer-Oper
Lützowstr. 112
Regie: Dr. Georg Schneider - Reg. Leit.: Dr. Ludwig Witt
Täglich wechselnder Spielplan!
WIEN - BERLIN
Unterhaltungs-Variete
Täglich
8 Uhr
Jägerstr. 63a
Täglich
8 Uhr
Das größte Programm!
Geschwister Severus
3 Cartellon / Harry Allista
Alexander Schäfer
und weitere 6 Schläger
Sonnab. 9 U.
Sonnab. 4 U.
Nachmittags-Vorstellg.
Die bekannte warme u. kalte Küche

Reizend. Theat.
Tägl. 8 Uhr:
Androklos u. der Löwe
von Bernh. Shaw
5 U. Kleines Th.
Devisen
Komöd. v. L. Schmidt
Fahrbühn, Umlauf

Neues Operetten-Th.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Guido Thielscher vertagte Nacht
Schwan L. S. H. v. Franz Arnold u. Ernst Bach
Elsa Bäck - Clara Hammer - Lily Smolova
Camilla Spira - Tony Tetzlaff - Helene Marlow - Leo Pookert - Bernhard Kallio
Central-Theater
Alte Jakobstr. 3
Tägl. 8 Uhr:
Die Novität:
Der dumme August
Operette in 3 Akten
Raidshallen - Theater
Täglich 7 1/2 Uhr,
Sonnab. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Komponisten im Gynp

5 U. Theater 5 U.
Folies Caprice
Rund um Wedding
Januar, Mai, Lange
Dazu
Das Radioschen
Verjüngung im Bett
Reizspiele u. heute.
Walhalla
Theater
Wienbergsweg
15 Weltattraktionen

Theater am Kottbusser Tor
Hilf. Kotibus, Str. 6
Tägl. 7 1/2 u. Sonnab. nachm. 3 Uhr
Hilfs-Sänger
Das neue Kottbus-Programm ist
Straveripenden
jeder Art
Hilfs-Programme
Paul Gollets
vormals Hilfs-Sänger,
Mariannensir. 2
ledig. Eintrittspr. 10000

WINTERSPIEL
Variete-spielplan
Rauchen gestattet
Gesichts-gausschlag
Hilfs-Programme
Wetter, Nichten
verschwinden meist sehr
schnell, wenn man den Schaum
von Zucker's Patent-Medizinale-
Schaum eintröpfelt, läßt Schaum er-
starrt abwaschen und mit Zucker-
Creme nachtröpfeln. Grobhartige
Bürstung, von Tausenden bewährt.
In allen Apotheken, Drogerien, Par-
fümerie- u. Feilergeschäften erhältlich.

Kinderland 1924
Ein Buch für unsere Jungen
und Mädel
Mit reichem Bildschmuck
verfesselt die kleinen
Leserinnen - auch be-
lehrenden Inhalt, schöne
Geschichte machen das Buch
zu einem immer wieder
gern in die Hand genom-
menen Geschenk
Preis 1.- Mark!
zu haben bei allen Freizeitspediteuren
und in der
Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3

Neue Welt
A. SCHOLZ Hasenheide 108-114
Donnerstag, 6. März:
Bockbierfest
in den bayer. Alpen
8 Kapellen / Rutschbahn / Bayer. Madl
Gr. Schweineschlachten
Spez.: Schlachtschüssel
Außerdem:
Aufstieg d. Riesen-Luftballons
Fortuna (Stein v. Elbeisen,
Hochwürsten usw.)
und
Großer Alpenball
Einlaß 6 Uhr Anfang 7 Uhr

Marken-Zigaretten
Tabak-Zigaretten Garbaty, Haispaus,
Constantin, Karmitry,
Avramikos, Muratti, Ghab u. Tagerpr.
Tabakwaren
Arno Gebner, Großhandl.,
Werstr. 21. Teleph. Moabit 214.
Strohstr.-Tägliche Postung

Trabrennen
Mariendorf
Donnerstag, den 6. März
1 Uhr